Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Fernsprecher Nr. 53 — Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich — Fernsprecher Nr. 53

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt", „Heimatvolk und Heimatflur" und „Neuß-Grevenbroicher Sportnachrichten". Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mark 1350.—.
Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 75.— Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 90.— Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 200.— Mark. Anzeigen erbeten bis 5½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 27 | Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab. | Freitag, 2. Februar 1923 (Mariä Lichtmeß) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 50. Jahrgang

Kohlenblockade und Abwehr.

Die Kohlenverteilung.

Berlin, 1. Febr. Laut B. Z. werden die Kohlen der Oberhausener, Mülheimer und der linksrheinischen Zechen wegen der Stockung im Eisenbahnbetrieb zum größten Teil durch Automobile weiter befördert, die auf den Landstraßen kontrolliert werden. Die angedrohte Absperrung der Kohlentransporte aus dem besetzten Gebiet ist an den vorgenannten Zechen noch nicht durchgeführt. Die Brückenzolleinnahme an den Brücken über die Häfen, Ruhr und den Rhein werden von der Besatzung dauern kontrolliert und beschlagnahmt.

Nach demselben Blatt haben die Franzosen 12 Kontrollstationen eingerichtet. Kontrolliert werden auch die nach dem englisch besetzten Gebiet liegenden Stationen.

Dortmund, 2. Febr. Seit gestern früh sind die Kontrollstationen in Lünen, Sueden, Hörde, Lütkringhausen von den Franzosen in Betrieb gesetzt. Die Folge wird sein, daß die Bahnhöfe schon in kurzer Zeit verstopft sein werden.

Essen, 2. Febr. Ueber die Form der Abwehr gegenüber der französischen Kohlenblockade erfährt Wolff von gut unterrichteter Seite: Es kann angenommen werden, daß die Franzosen versuchen, von den etwa 20 000 Kohlenwagen, die sich zurzeit beladen im Ruhrgebiet befinden, einen Teil nach Frankreich zu schaffen. Dazu sollen die beiden militarisierten Strecken des Ruhrgebiets bis Düsseldorf und des altbesetzten Gebiets dienen. Ob es den Franzosen möglich sein wird, die widerrechtlich angeeignete Kohle aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland herauszubringen, muß abgewartet werden. Die Erlasse des Reichsverkehrsministers haben die Eisenbahner unterrichtet. Im Ruhrgebiet selbst herrscht das Bestreben, die Wirtschaft im deutschen Interesse, soweit möglich, zu erhalten. Dazu wird auch die geförderte Kohle Verwendung finden. Sollte der französische Versuch gemacht werden, so wird die Bergarbeiterschaft geschlossen und ruhig ihre Maßnahmen durchführen. Nach wie vor steht die gesamte Ruhrbevölkerung in einmütiger Geschlossenheit französischen Absichten gegenüber, so daß begründete Aussicht besteht, daß sie nicht zu dem Erfolg führen werden, den man sich in Paris verspricht.

Vorstellung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten.

Düsseldorf, 1. Febr. Der französische General Degoutte hat an den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Dr. Grützner, einen Befehl übermittelt, wonach die Ausfuhr von Koks und Kohlen aus dem besetzten Ruhrgebiet nach dem unbesetzten Deutschland vom 1. 2. ab verboten sei. Ein- und Ausfuhr aller anderen Waren bleiben bis auf weiteres frei. Die Militärbehörden würden die Einfuhr von Lebensmitteln unter keinen Umständen verhindern. Dieser Befehl sei an die in Frage kommenden Behörden weiter zu geben.

Daraufhin hat der Düsseldorfer Regierungspräsident an den Oberdelegierten für die deutsche Zivilverwaltung, General Denvignes, folgendes Schreiben gerichtet: Ich kann die Abdrücke der Anordnungen des Herrn Generals Degoutte betreffend das Verbot der Kohlenausfuhr aus dem besetzten Ruhrgebiet in das unbesetzte Deutschland nicht weitergeben. Da die deutsche Regierung den Einbruch der französischen und belgischen Armee als einen Vertragsbruch ansieht, und die deutschen Behörden angewiesen hat, keinerlei Anordnungen auszuführen, welche eine Folge dieses Einbruches darstellen, würde es für mich und alle deutsche Beamten eine Pflichtverletzung sein, wenn ich diese Anordnung, die von deutscher Seite als unberechtigt angesehen werden muß, zur Kenntnis der beteiligten Stellen bringen wollte. Ich erhebe gegen das Kohlenausfuhrverbot, das einen durch keinerlei Bestimmungen des Versailler Vertrages oder des Rheinlandabkommens gerechtfertigten Eingriff in das Wirtschaftsleben des besetzten Ruhrgebiets ist, hierdurch den entschiedensten Protest. Das Verbot ist mit der Zusicherung des Herrn Generals Degoutte, daß die Maßnahme der Besetzung des Ruhrgebiets eine friedliche sei, ganz unvereinbar, wäre vielmehr nur als eine Kriegsmaßnahme zu verstehen, um welche es sich ja aber nicht handeln soll, wenn nicht der Herr General Degoutte sich selbst in Widerspruch in seinen eigenen Bekanntmachungen und Worten setzen will. Nach dem Vertrage von Versailles leben Frankreich, Belgien und Deutschland angeblich im Frieden. Solche Anordnungen, welche Herr General Degoutte jetzt erläßt, sind eine Verletzung des Völkerrechts. Von der Zusicherung der Freiheit des Lebensmittelverkehrs habe ich Kenntnis genommen. Ich werde eine diesbezügliche Mitteilung an die mir unterstellten Behörden und die Bevölkerung ergehen lassen.

Die Kohlenforderungen für Februar.

Paris, 31. Jan. Nach dem amtlichen Bericht über die gestern nachmittag unter Leitung Barthous abgehaltene Sitzung hat der Wiederherstellungsausschuß mit drei Stimmen, bei Stimmenthaltung des britischen Vertreters folgende Entscheidung getroffen:

1. Für Februar 1923 ein Programm festzusetzen, das auf denselben Grundsätze beruhen soll, wie das Programm der vorhergehenden Monate. Deutschland soll also liefern: 1 500 000 Tonnen Kohlen, 20 v. H. von dem 8 300 000 Tonnen übersteigenden Mehr des Novemberertrages vom deutschen Oberschlesien, also zusammen 1 876 000 Tonnen. Außerdem ist die Ergänzungslieferung von 125 000 Tonnen gemäß den Deutschland durch die aus Polnisch-Oberschlesien stammenden Kohlen zur Verfügung gestellten Mengen in dem Programm enthalten, vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung, die der Wiederherstellungsausschuß später auf die von der deutschen Regierung hiergegen erhobenen Einwände treffen wird.

2. In Essen die Dienststellen zu beauftragen, Deutschland alle notwendigen speziellen Angaben mitzuteilen.

(Ist das Ruhrgebiet inzwischen nicht besetzt worden?)

Die Militärgerichte.

Mainz, 1. Febr. Die von den Zechenvertretern des Ruhrgebiets beim Revisionsgericht beim Generalstab der französischen Armee gegen das Urteil des Kriegsgerichts eingelegte Revision ist verworfen worden.

Redakteure vor dem Kriegsgericht.

Aachen, 31. Jan. Vor dem hiesigen Kriegsgericht wurde heute gegen eine Reihe von Zeitungsredakteuren wegen der Veröffentlichung des Aufrufs zur halbstündigen Arbeitsruhe und des Ultimatums der politischen und wirtschaftlichen Organisationen verhandelt. Der Anklagevertreter beantragte Gefängnis- und Geldstrafen. Das Gericht erkannte nur auf Geldstrafen: nämlich gegen Grümmer (Freie Presse) auf 80 000 M., Ehser (Politisches Tageblatt) 90 000 M., Scherer (Echo) 130 000 M., Leopold (Aachener Post) 60 000 M., Jaeger (Volksfreund) 10 000 M., Dr. Hahn (Erkelenzer Kreisblatt) 25 000 M., Arens (Geilenkirchener Zeitung) 20 000 M.

Lennart (Erkelenz), der am Trauermontag die Erkelenzer Kirchenglocken geläutet hatte, erhielt acht Tage Gefängnis.

Eine Reihe von Studenten erhielt wegen Teilnahme an der Arbeitsruhe einige Tage Gefängnis. Das Gerichtsgebäude war vor und während der Verhandlung mit Maschinengewehren und einem Panzerauto, sowie mit einem größeren Aufgebot von Gendarmen umstellt und besetzt.

Der Abwehrkampf.

Essen, 31. Jan. In Recklinghausen rief der französische Kommandeur alle Redakteure zu sich und beschwerte sich, daß sie zu aggressiv redeten. Er verbot Mitteilungen über den Vormarsch der Truppen und Worte wie: Erobern, schänden, vertragsbrechen, zu gebrauchen. Die Redakteure stützen sich auf die bekannte Zusicherung in dem Plakat des französischen Kommandeurs, das die Pressefreiheit garantiere.

Auch in Bochum wurden sämtliche politischen Redakteure vor den Kommandanten geladen. Dieser verlangt, daß der Name Poincare überhaupt nicht genannt und im übrigen alles vermieden wird, was aufreizend auf die Bevölkerung wirken kann. Die Redakteure gedenken nicht, sich in ihrer politischen Freiheit irgendwie beeinträchtigen zu lassen.

Wiesbaden, 30. Jan. Hier kam es zu einer vorübergehenden Besetzung der Stellwerke am Hauptbahnhof auf der Linie nach Mainz. Die Eisenbahner stellten sofort den Dienst ein, worauf nach einer halben Stunde der Befehl unter dem Bajonett, daß es sich um ein Versehen gehandelt habe, wieder zurückzukommen wurde.

Ludwigshafen, 30. Jan. Der Präsident der Eisenbahndirektion ist verhaftet und sämtliche Beamten der Eisenbahndirektion sind im Präsidialgebäude festgesetzt worden. Infolgedessen sind sofort alle Eisenbahner von obersten Beamten bis zum untersten Hilfsbeamten in den Ausstand getreten.

Duisburg, 1. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß die Amtsenthebung des Oberbürgermeisters von der gesamten Bevölkerung nicht anerkannt werde. Es wird von dem General der Franzosen gefordert, die Ausweisung sofort rückgängig zu machen. Sämtliche Gewerkschaften einschließlich Presse haben mitunterzeichnet.

Bochum, 1. Febr. Gestern wurde Postdirektor Olbresch verhaftet. Das Postgebäude war mit Maschinengewehren und Panzerautos umzingelt. Als sich in der Menge Erregung bemerkbar machte, fiel ein Schuß.

Koblenz, 1. Febr. Ausgewiesen wurden Oberpostmeister v. Hammerstein, Oberzollinspektor Voß in Trier-Römerbrück, Bürgermeister Stahl in Geisenheim, Zollrat Dörr in Worms, Oberförster v. Kempis in Katzenellenbogen, Oberförster Müller in Nassau, Oberförster Kresch und Landrat Scheuren in Diez, Zollrat Rosenbach in Düren, Forstrat Wagner in Trier, Oberzollinspektor Baum in Worms, der Direktor des Hauptzollamts in Ludwigshafen Rüger, der Direktor des Hauptzollamtes in Kaiserslautern Kost, der Direktor des Hauptzollamtes in Landau Stern. Die Familien müssen die Orte binnen vier Tagen verlassen.

Aachen, 1. Febr. Gestern wurden Regierungsrat Schweden, Regierungspräsidialsekretär Klimpel und Regierungsobersekretär Postert, sämtlich bei der hiesigen Regierung, von der Besetzungsbehörde verhaftet. Weihbischof Dr. Straeter machte der Familie des Polizeipräsidenten Frhrn. v. Korff und der des Oberregierungsrates v. Görschen einen Besuch.

Gestern vormittag wurde Zolldirektor Herffs, Leiter des Hauptzollamtes, von der Besetzungsbehörde unter Androhung gewaltsamer Ausweisung aus dem Amtszimmer gewiesen, nachdem er von der Besetzungsbehörde vorher des Dienstes enthoben worden war. Gestern nachmittag wurde er vor dem belgischen Kriegsgericht verhört. Direktor Herffs befindet sich zurzeit noch auf freiem Fuß.

Berlin, 1. Febr. Oberregierungsrat Sembach und Regierungsrat Dr. Basten vom Finanzamt Aachen 2 wurden verhaftet und in Ketten vorgeführt, weil sie sich weigerten, den Anordnungen der Franzosen zu folgen.

Feste Entschlossenheit überall!

London, 1. Febr. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle" in Köln weist darauf hin, daß die meisten Morgenblätter erklären, daß das deutsche Volk mit den von General Degoutte am Dienstag abgegebenen Erklärungen nur in einem Punkte übereinstimme, daß die Zukunft Deutschlands in eigenen Hände liege. Alle Drohungen, daß die Besetzung verschärft werde, würden nur dazu führen, daß sie noch entschlossener werden, je strenger die Besetzung sei, desto steifer werde der deutsche Nacken werden.

Belgien.

Brüssel, 29. Jan. Sonntag fand eine Kundgebung gegen die Flamisierung der Universität Gent statt. Es ereigneten sich einige Zwischenfälle, wobei 50 Verhaftungen vorgenommen wurden. Es gab vier Verletzte.

Neue Kriegsgefahr?

London, 31. Jan. Reuter meldet: In Konstantinopel wird nicht daran gezweifelt, daß die wahrscheinliche Folge eines völligen Bruchs in Lausanne ein neuer Krieg sein würde. Die Kemalisten hätten ihre Truppen im Hinblick auf einen etwaigen Bruch der Konferenz organisiert. — Die Times meldet aus Konstantinopel: Die Türken treffen alle Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Kampfes. Politische Kreise in Angora erklären offen, daß man vor einem neuen Kriege nicht zurückschrecke, wenn Großbritannien in der Mossulfrage seine Haltung nicht ändere.

Ein Widerruf Poincares?

Paris, 1. Febr. Zu den Zeitungsstimmen über ein Paktieren Frankreichs mit den Türken hinter dem Rücken der Engländer (s. S. 2) gibt Poincare eine Berichtigung, laut welcher er im Gegenteil Mustapha Kemal in dem Telegramm aufgefordert habe, den Friedensentwurf anzunehmen.

Kleine Nachrichten.

Großes Bergwerksunglück.

Beuthen, 1. Febr. Zu einem Unglück auf der Heinitzgrube erfahren wir, daß eine Explosion gestern früh auf dem Römhildschacht bei Birkenhain erfolgte: Die Explosion war so stark, daß die Grubenlampen erloschen. Heute früh wurden 103 Bergarbeiter tot geborgen, von denen 18 noch nicht identifiziert werden konnten. 49 Bergleute werden noch vermißt. Fast alle in Krankenhäusern wegen Gasvergiftung untergebrachten Bergarbeiter konnten bereits wieder entlassen werden. Wie jetzt festgestellt wurde, ist auch die Belegschaft der Grube Stephan in Charley in Mitleidenschaft gezogen, da infolge der Explosion auch der Uebergang zum Römhildschacht eingestürzt ist. Der Regierungspräsident von Oppeln hat zum Ankauf von Lebensmitteln 1 Million Mark zur Verfügung gestellt.

Abendkurs von gestern.

Berliner Devisenmarkt vom 1. Februar.

Schlußkurse:
Dollar: 41 000. Gulden 17 500.
Französ. Franken: 2600. Belg. Franken: 2300.

Die rheinischen Katholiken an die Welt.

Die in Köln versammelten Vertreter der gesamten katholischen Organisationen und Vereine des besetzten Gebietes haben unter ausdrücklicher Zustimmung Seiner Eminenz des Herrn Kardinal Dr. Schulte, Erzbischofs von Köln, folgende Kundgebung beschlossen:

In diesen Tagen höchster vaterländischer Gefahr fühlen wir rheinischen Katholiken uns verpflichtet, einen öffentlichen Appell an alle Welt zu richten. Wir sprechen voll banger Sorge im Hinblick auf den Abgrund von Not und Unglück, in den das frevelhafte Beginnen Frankreichs unser hartgeprüftes Volk aufs neue stürzt, im Rückblick auf die Ruinen, deren der Weltkrieg in Europa doch wahrlich genug aufgehäuft hat, in der Ueberzeugung, daß der neue Kriegszustand eine furchtbare Saat der Erbitterung ausstreut, durch die die Hoffnungen auf einen wahren Weltfrieden, auf Abrüstung des Hasses und endliche Versöhnung der Völker im Geiste des Christentums und im Sinne des Friedensprogramms Papst Pius' X. völlig vernichtet werden.

Wir, die gesamten katholischen Vereine und Organisationen der besetzten Rheinlande, wenden uns mit unserm Erzbischof im Namen von 5½ Millionen Katholiken, die im besetzten Gebiete von der Pfalz bis an Hollands Grenzen zu uns gehören, an alle Katholiken des Erdkreises, an alle Christen, ja an alle Menschen, die für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung eintreten. Wir erheben unsere Stimme im Namen dieser Katholiken, die hier am Rhein, dem Lande der ersten Stätten des Christentums auf deutschem Boden, der Wiege der ältesten deutschen Kultur, im Verein mit ihren übrigen rheinischen Mitbürgern seit über 4 Jahren den unerhörten Druck einer fremden militärischen Besatzung opferfreudig für ihr deutsches Vaterland für das gesamte deutsche Volk ertragen, mit dem sie durch eine mehr als tausendjährige Geschichte in Glück und Not unlöslich zusammengeschmiedet sind.

Klagend erheben wir unsere Stimmen vor allen Katholiken des Erdkreises. Das Diktat von Versailles hat dem Deutschen Reich nicht nur die Kolonien und mit ihnen dem deutschen Katholizismus ein reiches und mit größtem Erfolge bebautes Missionsfeld entrissen, sondern auch in Ost und West eine Reihe von Gebieten, die zum größten Teil von Katholiken bewohnt werden. Und nunmehr droht die Abschnürung desjenigen Teiles von Deutschland, in dem der deutsche Katholizismus seine wichtigsten geistigen und materiellen Stützpunkte hat. Der gegen das Deutsche Reich gerichtete französische Schlag muß, wenn er gelingen sollte, was Gott verhüte, zum

furchtbaren Schlage gegen den deutschen Katholizismus

werden. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß schon die Reparationslasten und die dadurch verschuldete Geldentwertung katastrophale Folgen für das kirchliche Leben gebracht haben. Wie sollen die Ausgaben für Kultus und Klerus von den verarmten Pfarrgemeinden in Zukunft aufgebracht werden, wie sollen die Häuser für Kranke und Waisenkinder vor dem Zusammenbruch bewahrt werden? Sollten unsere karitativen und sozialen Anstalten und Vereine dem Untergang verfallen, soll die rastlos hingebende katholische Arbeit eines ganzen Jahrhunderts mit einem Schlage vernichtet werden? Nur die Spenden des Hl. Vaters, sowie amerikanische und holländische Liebesgaben haben bisher noch das Aeußerste verhindern können.

Laut klagend ergeht unser Ruf an die Christenheit der ganzen Welt, um sie auf die furchtbaren religiös-sittlichen Gefahren aufmerksam zu machen, welche die Besetzung eines friedlichen Landes mit hunderttausenden feindlichen Soldaten unausbleiblich im Gefolge hat. Wir müssen, um von anderm zu schweigen, zusehen, wie in einer Zeit, wo man sich in Deutschland anschickt, nach dem Vorgang zahlreicher deutscher Großstädte nunmehr auch durch gesetzliche Maßnahmen das Bordellwesen abzuschaffen, eine Reihe von Gemeinden im französisch-besetzten Gebiet gezwungen werden, solche Stätten der Unzucht auf Gemeindekosten der deutschen Steuerzahler einzurichten, ein Zustand, den die deutschen Frauen als eine unerhörte Schmach für ihre christl. Frauenwürde empfinden. Es muß mit Ekel und Abscheu erfüllen, daß eine der allerersten Sorgen der ins Ruhrgebiet einmarschierten Franzosen sich auf die Bereitstellung von Bordellen gerichtet hat. Muß sich ferner nicht der ganze Stolz eines solch alten christlichen Kulturvolkes, wie es das Rhei-

nische ist, aufbäumen, wenn es sich im Angesichte all der hochragenden Monumente seiner fast zwei Jahrtausende umfassenden christlichen Kultur von den Bajonetten unzivilisierter heidnischer und mohammedanischer Soldaten bewacht sieht?

Vor allem aber apellieren wir an alle Menschen, die für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung eintreten, und beklagen das Elend und die Lebensnot, die überall in Deutschland ihre Opfer haben, die aber in den rheinischen Landen infolge der Besatzung besonders schlimm hervortreten. Weiß die Welt davon, wie der Hunger in so zahllosen Familien eingezogen ist, wie viele Kinder an Unterernährung sterben oder frühem Siechtum verfallen, wieviel Mütter welk und siech ihren Kindern nicht mehr die natürliche Nahrung gewähren können, wieviel alte Leute an Entbehrung zugrunde gehen? Kennt der Erdkreis den Jammer in so vielen alten Familien, die allmählich verelenden, ererbten Kulturbesitz an das Ausland verschleudern müssen, um sich und die Ihrigen notdürftig zu nähren und zu kleiden, ist es bekannt, wie die deutsche Kunst und Wissenschaft, die doch so viel für den Fortschritt der ganzen Menschheit geleistet, dahinsiecht, weil ihr die notwendigsten Mittel fehlen?

Versailles sollte angeblich der gequälten Welt nach vier schweren Kriegsjahren den Frieden der Gerechtigkeit bringen, aber es schuf einen Frieden der Gewalt, der kein Frieden ist. Gerade wir im besetzten Gebiet spüren nichts von Frieden und Gerechtigkeit, wohl aber sind wir tagtäglich Zeuge, wie die Gewalt triumphiert. Und nun hat Frankreich sogar diesen Gewaltfrieden zerrissen, um völlig freie Bahn für seine von Haß und Rachediktierten Pläne zu gewinnen. Bange Sorge lastet auf unserem Herzen. Die Fluten der Volksnot schwellen gewaltig an und künden drohend das Nahen eines vernichtenden Sturmes, wie er seit dem dreißigjährigen Kriege unser unglückliches Vaterland nicht mehr heimgesucht hat. Die Katastrophe, die uns droht, bedeutet den Anfang des Endes der europäischen Ordnung und Zivilisation. Möchte Gott noch in letzter Stunde dieses Verhängnis abwenden!

Wir katholischen Rheinländer, die wir den Frieden und die Völkerversöhnung im Geiste des Christentums ehrlich wollen, der christlichen Rechts- und Friedensidee vorbehaltlos anhängen, flehen vor aller Welt mit dem Gebete des Friedenspapstes Benedikt XV. zu dem ewigen und allmächtigen Lenker menschlicher Geschicke: „Gib Du den Herrschern und Völkern Gedanken des Friedens ein, laß aufhören den Streit, der die Nationen entzweit, mach, daß die Menschen in Liebe sich wieder zusammenfinden und gib der stürmisch bewegten Welt endlich wieder Ruhe und Frieden!"

Die Preußische Landgemeindeordnung im Landtage.

(Schluß.)

Wir haben auch keine Lust, das Heer der Berufsbeamten zu vermehren. Die Zahl der Beamtenstellen muß auch in den Gemeinden und in den Selbstverwaltungen vermindert werden. Für viele Gemeinden würde auch der Ehrenbürgermeister eine Aussöhnung mit der Einrichtung der Bürgermeisterei verfassung bedeuten. Man soll es den Gemeinden überlassen, ob sie an die Spitze der Bürgermeisterei einen Ehrenbürgermeister oder einen Berufsbürgermeister wollen. Nach § 101 soll dem Bürgermeister die Verwaltung der örtlichen Polizei obliegen. Ausnahmsweise kann sie, wenn es das Gemeindewohl erfordert, von der Aufsichtsbehörde einem Beigeordneten oder einem benachbarten Land- oder Stadtbürgermeister übertragen werden. Wenn der Landbürgermeister Verwalter der örtlichen Polizei sein soll, dann soll er es bleiben. Ich wäre aber persönlich dafür, die Polizeigewalt einer anderen Stelle zu übertragen; man könnte vielleicht Landpolizeipräsidenten schaffen. Im Rheinland und in Westfalen haben wir nicht immer die besten Erfahrungen damit gemacht, daß Landbürgermeister auch Polizeiverwalter waren.

Die Polizeigewalt war eine furchtbare Waffe in der Hand manches Bürgermeisters. Mir ist ein Ort bekannt, in dem über 50 Jahre lang eine Familie, Vater und Sohn, die Gemeinde verwaltet hat, und die Gemeinde hat furchtbar unter der Verwaltung gelitten. Vor einigen Monaten ist der letzte glücklich aus dem Amte geschieden. Er hat sich pensionieren lassen, weil er vor das Gericht zitiert wurde; er hatte einen katholischen Priester in ganz gemeiner Weise verleumdet.

Der Mann hätte schon vor mindestens 25 Jahre aus dem Amte entfernt werden müssen. Aber es ist nie gelungen, ihn zu fassen. Zum Teil waren die Leute zu ängstlich geworden. Sie fürchteten die Polizeigewalt des Mannes. Dies ist ein Beispiel dafür, daß die Polizeigewalt in der Hand manches Bürgermeisters großen Schaden anrichten kann. Nach der Wahl der Landbürgermeister kann und wird dies anders werden. Aber es ist auch ein Grund, daß die im Amte befindlichen Bürgermeister nach Verabschiedung der Landgemeindeordnung wiedergewählt werden müssen.

Mit der Wahl der Landbürgermeister durch die Bürgermeistereivertretungen auf 12 Jahre sin wir einverstanden. Herr Kollege Haas meinte, 6 Jahre wären genug. Wir stehen aber doch auf dem Standpunkte, daß der Mann sich einarbeiten und mit der Bevölkerung verwachsen muß. 6 Jahre sind doch ein kleiner Zeitraum.

Nach § 95 kann in Fällen, in denen die alsbaldige Bestellung eines Kommissars zur Verwaltung einer Landbürgermeisterei im Interesse einer ordnungsmäßigen Verwaltung erforderlich ist, der Kommissar ausnahmsweise ohne Zustimmung der Bürgermeistereivertretung bestellt werden. In der Begründung, die so interessant ist, daß ich sie vorlesen möchte, heißt es folgendermaßen:

> Die dem Oberpräsidenten eingeräumte Befugnis, bei Erledigung einer Bürgermeisterstelle einen Kommissar mit der vorläufigen Verwaltung zu beauftragen, entspricht dem bei der Besetzung von Landratsämtern üblichen Verfahren. Der freien Willensmeinung der wahlberechtigten Bürgermeistereivertretung wird dadurch in keiner Weise vorgegriffen. Ist ihr der Kommissar nicht genehm und lehnt sie seine Wahl ab, so wird er abzuberufen sein, wohl aber wird durch die kommissarische Bestellung die Möglichkeit gegeben, den Bewerber praktisch zu erproben und in vielen Fällen auf die Weise einen geeigneten Verwaltungsleiter zu gewinnn, dessen Auswahl ihr sonst erhebliche Schwierigkeiten bereiten könnte. Um aber die Selbstverwaltung gegen jede mißbräuchliche Anwendung dieser Befugnisse zu sichern, darf die Einrichtung der kommissarischen Verhaltung, abgesehen von besonders dringlichen Fällen, nur mit Zustimmung der Bürgermeistereiverwaltung geschehen.

Wir hören diese Mär, aber uns fehlt der Glaube! Regierung und Oberpräsident schicken uns auch heute noch kommissarische Bürgermeister. Mir ist ein Fall aus aus meiner Nachbarschaft bekannt. Da wurde auch ein kommissarischer Bürgermeister geschickt; die Gemeindevertretung lehnt ihn glatt ab, aber abberufen wird er nicht. Ich habe mir die größte Mühe gegeben, der Gemeindevertretung zu helfen. Es ist mir aber nicht gelungen. Das ist mir eine Warnung, dieser Bestimmung zuzustimmen. Der Landrat ist Staatsbeamter. Aber der Bürgermeister ist doch Kommunalbeamter, und da muß die Gemeinde selbst darauf Einfluß haben, welchen Mann sie haben will.

Wir können uns nicht damit befreunden, daß der Gemeindevorsteher auf vier Jahre gewählt werden soll. Seine Wahldauer muß unbedingt sechs Jahre sein, wie es jetzt auch der Fall ist. Er muß immer Zeit haben, sich einzuarbeiten, und dann soll er nach ein paar Jahren eventuell schon wieder abgesetzt werden.

Der Eingemeindungsfrage sind in dem Entwurfe der Landgemeindeordnung mehrere Paragraphen gewidmet. Auf diese Frage will ich hier nicht näher eingehen, das wird im Ausschusse gründlich geschehen. Gegen den Willen einer Gemeinde darf sie nur dann eingemeindet und damit ihrer Selbständigkeit beraubt werden, wenn die Eingemeindung aus Gründen des öffentlichen Wohles unbedingt notwendig wird, und wenn es gleichzeitig nicht möglich ist, was das öffentliche Wohl verlangt, durch Schaffung von Zweckverbänden oder Interessenverbänden zu erreichen. Dabei darf eine endgültige Entscheidung nicht erfolgen, ohne daß es der Gemeinde möglich ist, im Verwaltungsverfahren ihre Anschauung zu vertreten. Der Wille der Gemeinde ist durch Volksabstimmung festzustellen. Diese Ansicht werden wir im Ausschuß vertreten.

Zum Wahlrecht zur Gemeindevertretung möchte ich folgendes bemerken: es ist tatsächlich merkwürdig, daß die Eingesessenen einer Landgemeinde „Gemeindeangehörige" heißen und „Gemeinderechte" haben sollen. In Preußen heißen wir doch alle „Staatsbürger". Die Bewohner der Städte heißen „Bürger", und ich sehe durchaus nicht ein, aus welchem Grunde ich als Landbewohner nicht auch den Titel „Bürger" führen soll und nicht das „Bürgerrecht", sondern nur das „Gemeinderecht" haben soll. Wir wollen auch Bürger heißen.

Nun komme ich zum passiven Wahlrecht. Wir treten dafür ein, daß das passive Wahlrecht nur für diejenigen gefordert wird, die 12 Monate in der Gemeinde ansässig gewesen sind. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, jedem Manne sofort das passive Wahlrecht zu verleihen. Man muß sich erst, wenn man in den Gemeinderat kommt, mit den Verhältnissen der Gemeinde vertraut gemacht haben. Der Ansicht des Herrn Abgeordneten Haas von der Vereinigten Sozialdemokratie können wir uns tatsächlich nicht anschließen. Wir sind auch dafür, daß die Wählerlisten nicht nur eine Woche, sondern 14 Tage ausliegen sollen.

§ 21 will dem Minister des Innern überlassen, die Bildung von Wahlbezirken zuzulassen oder sogar vorzuschreiben. Mit dieser Bestimmung können wir uns auch durchaus nicht einverstanden erklären. Wie soll denn der Minister des Innern die Wahlbezirke vorschreiben? Dann muß er sich doch erstens einmal auf den Bericht des Regierungspräsidenten stützen. Der Bericht des Regierungspräsidenten stützt sich auf den Bericht des Landrats und der Bericht des Landrats wieder auf den Bericht des Landbürgermeisters. Da wäre ja der Schiebung in politicis Tür und Tor geöffnet. Das machen wir nicht mit. Durch Schaffung von Wahlbezirken würde auch der Kirchtumspolitik Tür und Tor geöffnet. Dafür daß die einzelnen Bezirke zu ihrem Rechte kommen, werden schon die einzelnen Parteien sorgen. Gegen besondere Abstimmungsbezirke hätten wir nichts. Sie würden den Wählern eine Erleichterung schaffen.

Nach dem Entwurf soll die Zahl der Gemeindeverordneten mindestens 6 betragen. Diese Zahl ist unseres Ermessens viel zu niedrig für kleine Gemeinden. Das geht nicht. Wir können die Gemeinderatsmitglieder doch nicht zu sehr überlasten. Auch in der kleinsten Gemeinde müssen verschiedene Kommissionen gebildet werden. Da wären es immer dieselben Mitglieder, die an den Kommissionssitzungen teilnehmen müssen. Wir sind dafür, daß die Grundzahl auf 9 oder 12 erhöht wird und dann die im § 19 Abs. 3 vorgeschlagene Steigerung eintritt.

In den letzten Jahren ist es häufig vorgekommen, daß Gemeindeverordnete, die von irgendeiner Partei gewählt worden waren, zu einer anderen Partei übergelaufen sind. Es müssen Mittel und Wege gesucht werden, daß solche Gemeindeverordnete zur Niederlegung ihres Mandats gezwungen werden. Daher wünschen wir, daß § 17 der Badischen Gemeindeordnung übernommen wird. Er ist sehr interessant und hat sich auch sehr gut bewährt. Er lautet:

> Wer die Wählbarkeit verliert oder aus der Partei oder Wählergruppe, auf deren Vorschlag er gewählt wurde, ausscheidet, verliert das ihm übertragene Amt. Die Entscheidung hierüber steht dem Gemeinderate zu. Die Entscheidung auf Verlust des Amtes kann nach den Bestimmungen des § 16 Abs. 5 angefochten werden. Die Beschwerde oder Klage hat keine aufschiebende Wirkung."

Wir freuen uns, daß der alte Zopf, den wir so oft haben abschneiden wollen, daß der Kreisausschuß zu entscheiden hat, wenn der Gemeinderat zweimal beschlußunfähig ist, gefallen ist. Für die Folge ist jede zweite Gemeinderatssitzung beschlußfähig. Es ist auch ein gutes Erziehungsmittel für die Gemeinderatsmitglieder, daß sie ihre Gemeinderatssitzungen besuchen. Es wäre gut, wenn der Preußische Landtag auch solche Erziehungsmittel hätte, dann würden die Bänke etwas voller sein.

Ueber die Wahl der Beamten in den Landgemeinden werden wir uns noch ganz gründlich zu unterhalten haben. Auf eine Wahl der Beamten durch den Gemeinderat werden wir auf keinen Fall verzichten. Wir wollen nicht die Ernennung der Gemeindebeamten durch den Bürgermeister.

Zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten gehört auch die Verwaltung des Gemeindevermögens. Es gibt Gemeindegliedervermögen, Gemeindeinteressenvermögen und Gemeindevermögen. Welcher Unterschied zwischen diesen beiden Arten: Gemeindeglieder- und Gemeindeinteressenvermögen besteht, ist aber schwer zu definieren. Ich kenne ihn nicht so genau. Das Gemeindegliedervermögen soll nun ohne Entschädigung gestrichen werden. Das bedeutet einen Eingriff in alte Rechte, den wir nicht mitmachen können. Durch die Aufhebung dieser Rechte würden gerade die kleinen und minderbemittelten Leute getroffen. Z. B. gibt es in manchen Gemeinden eine gemeinsame Kuhweide, die die kleinen Leute für ihre Tiere benutzen, und nun soll den kleinen Leuten dieses Recht genommen werden. Es gibt auch Holzgerechtsame usw. Auch die Arbeiter haben ein Interesse daran, eine Kuh zu halten und sie auf die Weide, die Gemeindegliedervermögen ist, zu treiben.

Wichtig für die Verwaltung des Gemeindevermögens ist der Etat. Der Etat muß demnächst schriftlich den Gemeindevertretern überreicht werden. Verwaltet wird das Gemeindevermögn von der Gemeinde. Von der äußerst wichtigen Stellung der Gemeinderentmeister ist im Entwurf überhaupt nicht gesagt worden. Sie sollen mithin unter den Begriff Gemeindebeamte fallen und würden dadurch der disziplinarischen Gewalt der Bürgermeister unterstehen. Ich möchte dafür eintreten, daß das Amt der Gemeinderentmeister genau umschrieben wird. Ich bin überhaupt der Ansicht, daß dem Bürgermeister nicht eine zu große Disziplinargewalt überantwortet werden soll. Das paßt nicht mehr in die heutige Zeit. Strafen sollen möglichst nicht von einer Person allein verhängt werden, da müssen andere Personen mitwirken, z. B. die Beigeordneten. Es soll dann aber der zu schaffende Beamtenbeirat befragt werden.

Der Entwurf enthält noch mehrere bedenkliche Paragraphen, darunter vor allem den § 66, der vom Standpunkte einer gesunden Mittelstandspolitik zu verwerfen ist.

Zum Schluß möchte ich nochmals wiederholen, daß wir im Ausschuß mit allem Eifer uns an der Arbeit beteiligen werden. Wir werden dahin streben, eine Landgemeindeordnung zu schaffen, die möglichst alle Teile Preußens befriedigen wird und eine wahre Selbstverwaltung gewährleistet.

(Schon ist die Städte-, als auch die Landgemeindeordnung wurden nach der 1. Lesung einem besonderen Ausschusse, der aus 35 Mitgliedern besteht, überwiesen.

Vom Zentrum gehören diesem Ausschusse an: für die Städteordnung die Abg. Berger (Oberschl.), Herold Ling, Loenartz (Bitburg), Bergmann (Köln), Fr. Giese (Bottrop) und Spronger, für die Landgemeindeordnung: Beyer (Oberschl.), Herold, Ling, Loenartz (Bitburg), Grow, Harsch und Schilling.

Mit den Beratungen der Gesetzentwürfe soll der Ausschuß alsbald beginnen.)

Lausanne.

Lausanne, 30. Jan. Der nunmehr vorgelegte Friedensvortrag legt zwischen Bulgarien und der Türkei die im Vertrag zu Neuilly vorgesehenen Grenze fest mit einer entmilitarisierten Zone. Die syrische Grenze bleibt unverändert. Griechenland und die Türkei sollen die Mudenia festgesetzte Grenze an der Maritza halten. Die Inseln Semmos, Samothrake, Mytilene, Chios und Nikene fallen an Griechenland, der Dodekanes an Italien, Imbros und Tenedos an die Türkei. Letztere soll auf ihre Rechte in Aegypten und im Sudan verzichten.

Die Türken bezeichnen die Annahme als ausgeschlossen. Das Kabinett von Angora hat Ismed Pascha angewiesen, sich an den nationalen Pakt zu halten. Im Friedensvertrag soll die Türkei auch alle Abmachungen des Verbandes mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien anerkennen und die Grenzen dieser Länder billigen. Die Türken werden am Mittwoch einen Gegenentwurf überreichen.

Frankreich gegen England in Lausanne.

Lausanne, 31. Jan. Die französische Regierung hat die Türkei wissen lassen, daß, wenn der Friedensentwurf heute der Konfrenz vorläge, damit noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Lord Curzon hat nach dem „Echo de Paris" erklärt, daß das gegen die Abmachungen des Verbandes sei.

London, 31. Jan. Reuter meldet aus Lausanne, die Nachricht, daß die Franzosen und Italiener angeblich in Lausanne zu bleiben beabsichtigen, um die Verhandlungen mit den Türken fortzusetzen, hat in britischen Kreisen beträchtliche Erregung hervorgerufen, da ein derartiges Vorgehen eine offenkundige Verletzung des erst vor wenigen Tagen erreichten gemeinsamen Einvernehmens darstellen würde.

Zu der Meldung über die Bereitschaft der Franzosen mit den Türken weiter zu verhandeln, veröffentlicht „Daily News" an erster Stelle unter der Ueberschrift: „Frankreich geht zu den Türken über!" eine Meldung ihres diplomatischen Berichterstatters aus Paris, worin es heißt, die Verbandsfront in Lausanne sei vollkommen erschüttert. Die Franzosen hätten demnach bedingungslos kapituliert. „Daily Expreß" schreibt, Frankreich habe gestern in das britische Lager in Lausanne eine Bombe geworfen. „Daily Mail", die sehr franzosenfreundlich ist, meldet, die Franzosen, die in enger Fühlung mit der französischen Abordnung stünden, seien ebenfalls über die plötzliche Preisgabe des gemeinsamen Vorgehens der Verbandsmächte erstaunt. „Daily News" schreibt weiter in einem Leitartikel, die Nachricht über das gesonderte Vorgehen der Franzosen sei so ernst, daß eine eingehende Stellungnahme vorbehalten werden müsse, bis eine amtliche Bestätigung der Meldung vorliege. Auf einen Abbruch der Lausanner Unterhandlungen würde ein Krieg fast eine Notwendigkeit sein.

Treue Freunde.

1)

Von M. Engelhardt.

In einer kleinen freundlichen Mansardewohnung eilte eine junge Frau zwischen Küche und Wohnstube geschäftig hin und her, denn von den Türmen und Türmchen der Haupt- und Residenzstadt läuteten die Mittagsglocken. — Sie hatte das Essen bereitet und den Tisch gedeckt, und nicht lange währte es, so wurde die Glocke gezogen, und Frau Agnes eilte, um zu öffnen. — „Grüß Gott, lieber Karl," grüßte die junge Frau ihren Gatten, der den Gruß mit großer Herzlichkeit erwiderte.

Es war ein schönes Paar, beide schlank und hochgewachsen, — sie mit reichem, braunem Haar, dessen Fülle fast zu reich war für den feinen Kopf, das Gesicht mit den weichen Linien und der mattweißen Hautfarbe, denen die braunen Augen mit den langen seidenen Wimpern einen besonderen Reiz verliehen, — er mit blondem Haar und blauen Augen, ein echter Sohn des Nordens. Aus der Nebenstube hörte man leises Weinen. „Mariechen ist erwacht," sagte die junge Mutter mit glücklichem Lächeln und eilte an die Wiege, um ihrem Liebling den Schlaf von den tiefblauen

Es war ein lieblliches Bild, diese junge Mutter mit ihrem Kinde, und Karl Werner, der glückliche Gatte und Vater, konnte seine Blicke nicht von ihnen wenden, er schloß beide in seine treuen Arme und seufzte tief und schwer.

„Wie bewegt ist heute Karl," dachte Frau Agnes und nachdem das Mahl aufgetragen war, forschte sie liebevoll nach dem Grunde.

„Ja, meine Liebe, ich bin traurig, ich gestehe es, obwohl ich mich freuen und dankbar sein sollte. Hier ist ein Brief meines Oheims, lies selbst und rate, was ich tun soll, ich ringe schwer, und weiß das Rechte nicht zu finden."

Während Frau Agnes las, bebte ihr Herz, aber sie bezwang sich und indem sie ihrem Gatten den Brief zurückgab, sagte sie: „Mein lieber Karl, ich glaube, dein Oheim hat recht, wenn er dir rät, die Stelle als Verwalter bei Mister John Smith, welcher der reichste Mann in Kentucky ist, anzunehmen, beträgt doch dein Einkommen das Acht- und Zehnfache von dem, was du hier beziehst. „Und", sie legte ihr liebes Gesicht an seine Schulter, damit er ihre aufsteigenden Tränen nicht sehe, „wenn Mister Smith wünscht, daß ich erst nach einem Jahre dir folgen soll mit dem Kinde, — so müssen wir uns eben fügen."

„Ja, Liebste, wir müssen uns fügen und Gott wird uns helfen! Auch darin stimme ich meinem Oheim bei, daß es vernünftig ist, erst nach einem Jahre Dich mit dem Kinde nachkommen zu lassen. Ich selbst kann sehen, wie die Stellung ist. Ob ich das Klima günstig finde, ob es auch für dich und Mariechen zuträglich wäre, ob ich Herrn Smith befriedige als Verwalter, und ob auch ich mich wohlbefinde in seinem Dienste, mit einem Worte, ob es eine lebenslängliche, oder nur eine vorübergehende Stellung ist, denn wäre letzteres der Fall, so wäre es doch leichter für mich, wieder zurückzukehren, als Frau und Kind den Unbilden einer Seereise auszusetzen"

Frau Agnes konnte diese Gründe nur anerkennen und stimmte ihm bei, und nachdem die Ehegatten nochmals alles reiflich überlegt hatten, schrieb Karl Werner an Mister John Smith, daß er bereit sei, die Stellung anzunehmen. Bis Mister Smith seinen Brief erhielt, vergingen Wochen die er noch im trauten Zusammensein mit Frau und Kind verbringen könnte; so hoffte er, aber er irrte. — Als Mister Smith Karl Werners Brief erhalten hatte, kabelte er sofort zurück, er möge mit dem nächsten Schiffe, das in wenigen Tagen von Bremen abgehe, die Reise antreten. Das Geld zur Ueberfahrt solle er in einem dortigen Bankhause erheben.

Nach einem tränenreichen, namenlos schweren Abschiede von den Seinen reiste Werner nach Bremen; dort erhielt er nicht nur eine Summe für die Ueberfahrt, sondern eine dreifache für sonstige Bedürfnisse, die er sofort seiner geliebten Agnes, ehe er das Schiff bestieg, zusandte.

Karl Werner hatte eine äußerst günstige Ueberfahrt und glücklich kam er an, von seinem Gebieter auf das Liebenswürdigste empfangen.

Seine Briefe aus jener Zeit waren voll des Lobes über Mister John Smith: einen gütigeren Herrn könne man sich nicht denken, auch sei das Klima sehr günstig und werde für seine geliebte Agnes besonders vorteilhaften Einfluß haben.

Nach etwa neun Monaten bat Werner Mister Smith, ihm zu erlauben, daß er jetzt seine Familie kommen lassen dürfe. Wer beschreibt aber Werners schmerzhaftes Erstaunen, als Smith sich breitspurig vor ihm aufpflanzte, die Hände in den Taschen vergraben, und mit erheuchelter Verwunderung fragte: „Sie werden Ihrer Frau doch nicht zumuten, dieses unwirtliche Haus zu bewohnen, das Sie jetzt innehaben? Nimmermehr! Das Haus muß völlig umgebaut werden, in 8—10 Monaten kann Ihre Frau kommen, früher nicht."

Umsonst waren Werners Versicherungen, der Raum genüge vollkommen, ach, er dachte an die bescheidene Wohnung in der Heimat und an sein Glück! Nochmals versuchte er, den harten Sinn seines Herrn zu erweichen, es war umsonst. — Als die Arbeit ruhte und die Nacht ihren flimmernden Sternenmantel ausbreitete über die schlummermüde Erde, da setzte sich Karl Werner an seinen Schreibtisch, um seinem geliebten Weibe mitzuteilen, daß es erst in 8—10 Monaten ein Wiedersehen für sie gebe, ach, und wie blutete sein Herz, ihr solche Kunde senden zu müssen. Seit jener Stunde glaubte er immer wieder die alte, traurige Weise zu hören: „Stirb Lieb und Freud, stirb Lieb und Freud."

Endlich, nach langem Warten, schlaflosen Nächten, kam ein Brief von Agnes, wie pochte sein Herz, wie zitterte seine Hand, als er ihn öffnete.

Agnes, die stets Sanfte, Geduldige, schrieb ihm Worte des Trostes: „Wir müssen uns eben in Geduld fassen, lieber Karl, bis wir uns wiedersehen, sind doch unsere Herzen verbunden, ob nah, oder fern, in Gott sind wir vereint." Dann erzählte sie ihm von Mariechen, wie lieb sie sei, wie sie jeden Morgen und jeden Abend für den Vater bete, von ihren Fortschritten im Gehen und Sprechen, auch legte Frau Agnes noch eine Locke von Mariechen bei, die der Vater mit heißen Küssen bedeckte.

Karl Werner erhielt einige Zimmer in der Cottage,, denn das Bauen begann. Mit Ungeduld sah er die Leute arbeiten, er schenkte ihnen Geld, um sie zu größeren Eifer anzuspornen. Mister Smith brachte Muster von Tapeten und Werner durfte wählen, und er wählte solche, welche dem Geschmack seiner Agnes entsprachen. Ein halbes Jahr war vergangen, das neue Haus war traulich und schön, es überstieg weit Werners Erwartungen.

„Schreiben Sie heute noch an Ihre Frau, mit dem nächsten Dampfer, der von Bremen abgeht, soll sie sich einschiffen und in sechs Wochen kann sie hier sein," sagte eines Mogens Mister John Smith zu seinem Verwalter, „nun", fügte er mit einem verschmitzten Lächeln bei, „habe ich Wort gehalten?"

„Ja, Sie hielten Wort!" rief Werner aus in der Freude seines Herzens, „und vergeben Sie mir mein Ungestüm, als Sie von einem Neubau sprachen."

„Mit welchem Sie gewiß jetzt einverstanden sind," schnitt Mister Smith die Entschuldigung seines Verwalters ab, pfiff eine Melodie und ging.

Karl Werner schrieb noch in derselben Stunde an Agnes und legte eine beträchtliche Summe bei. Er wartete von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, es erfolgte keine Antwort, weder von Agnes oder deren Anverwandten, noch von Freunden. Mister Smith zeigte seinem Verwalter Polizeiberichte, die in dem einen Punkte alle übereinstimmten, daß die Gesuchte nicht aufzufinden sei.

(Fortsetzung folgt.)

Ostern
40
„Was soll mir fehlen, Baas!" versetzte jägernd der Kranke, „ich bin
39 — 1925. — Nr. 5.
in Bewegung und schaufelt den ganzen Warteiaal, bis der kleine
Postagier wieder den Mund hält. Es ist die Wiege, in diesem
Warteiaal müssen die Kinder der Könige wie der Staatspräsi-

Man kann, besonders in der Stadt, sehr oft die Bemerkung machen, wie in einem Salonwagen, weitem Ausblick gewähren. Während sonst die zur Seite liegenden Dinge wie ein Schatten

des himmlischen Jerusalem. Typhus ist mit seinen Grüften im Himmell. Von ihm ist der Segen einer glücklichen Ewigkeit ausgegangen, zu ihm kommt der ewige Jubel zurück.

Es ist ein kleines Kleid, welches Gott und seine Kirche

Zugegeben, daß die persönliche Schuld Poincarés und seiner Helfer so groß ist, daß sie nicht größer sein kann, wenn man neben der Türe sitzt, hat man hier sechs Fenster, die Charakter von ihrem Standpunkte betrachtet geringer ist, als wir ihnen aufbürden. Sie sind einen Franzosen und sie sind seit Generationen, wie in einem Salonwagen, weitem Ausblick gewähren. Während sonst die zur Seite liegenden Dinge wie ein Schatten

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 2. Februar 1923.

Wiederaufnahme des Eisenbahnpersonen- und Güterverkehrs. Durch Verhandlungen zwischen der Reichsbahndirektion Köln und der interalliierten Unterkommission für Feldeisenbahnen in Köln ist nunmehr gewährleistet, daß die bewaffneten Posten, die bei Beginn der Ruhrbesetzung und noch in größerem Umfange nach Stillegung des Betriebes durch das deutsche Personal auf den wichtigsten Bahnhöfen u. a. in Neuß aufgestellt worden waren, zurückgezogen werden. Es ist deshalb von der Reichsbahndirektion Köln angeordnet worden, daß unsere Eisenbahnbediensteten ihren Dienst bis heute Freitag, den 2. Februar, morgens 6 Uhr, wieder aufzunehmen haben. Oertliche Besprechungen der beteiligten deutschen und interalliierten Stellen haben es ermöglicht, daß bereits gestern Donnerstag, seit 8 Uhr die Eisenbahnbediensteten aller Dienststellen innerhalb des Bahnhofes Neuß zu ihren Arbeitsstellen strömten, während gleichzeitig die bewaffneten Posten zurückgezogen wurden. Nach kaum einer Stunde war bereits das Kraftwerk in Tätigkeit und dadurch wieder das ganze Bahngelände und alle Räumlichkeiten mit Licht und Kraft versorgt. Durch den Versuch der Betriebsführung durch fremde Hand ist naturgemäß eine gewisse Unordnung in der Verwendung und Besetzung der Gleisanlagen entstanden. Es ist außer Zweifel, daß unser Personal es sich angelegen sein lassen wird, schnell die altgewohnte Ordnung wieder herzustellen und daß vielleicht schon ein gewisser öffentlicher Eisenbahnverkehr, wenn diese Zeilen den Lesern vor Augen kommen, im Gange ist. Bestimmt ist damit zu rechnen, daß am morgigen Samstag eine gewisse Anzahl von Zügen auf allen fahrplanmäßigen Strecken verkehrt, mit Ausnahme der nach Düsseldorf, wo ein militarisierter Betrieb herrscht. Für Auskunft ist im Bahnhof, insbesondere nach außerhalb der Sperre nach unseren Erkundigungen gesorgt worden.

Die Fahrkarten-Ausgabe Neuß teilt uns mit, daß Auskunft über Reiseverkehr erst von Samstag, den 3. Februar ab in beschränktem Umfange erfolgen kann. Die Auskunftstelle bittet bis dahin auch Fernsprecher 90 für Auskünfte nicht in Anspruch zu nehmen.

Die am 31. Januar gelösten Eisenbahnfahrkarten behalten ungeachtet der am 1. Februar eintretenden 100-prozentigen Tariferhöhung viertägige Gültigkeit.

Eine Abschiedsfeier von seltenem Geiste gab vorgestern abend der kath. kaufm. Verein „Novesia“ seinem bisherigen Präses, Herr Prof. Hecker. Der hochw. Herr sieht sich zum Bedauern aller Novesen infolge der Ernennung zum Klosterkommissar genötigt, sein ihm durch 14 Jahre hindurch liebgewordenes Amt als Präses des Vereins niederzulegen.

Der 2. Vorsitzende, Herr M. Kreuels, begrüßte im Wintergarten der Bürgergesellschaft ein dichtgefülltes Haus von jungen und alten Vereinsmitgliedern, Vertretern der hochw. Geistlichkeit und zahlreichen andern Ehrengästen. Mit musikalischen Genüssen bester Art und Durchführung erhöhten die Gebrüder Lochelder die Weihe der Feststunden. Herr Kreuels entwarf ein Bild von den Verdiensten des Scheidenden um den Verein. Unter ihm hat „Novesia“ die große Blütezeit vor dem Kriege, reich an schönen Erinnerungen, durchlebt, die schwere Zeit des Krieges überstanden und nach dem Kriege eine neue Blüte gesehen, die sich in 500 aktiven Mitgliedern und 100 Jungnovesen ausdrückt. Redner zeigte, wie der Scheidende es mit seltenem Geschick verstanden habe, das Vereinsschiffkein zu leiten in Geselligkeit und ernster Arbeit. Neben dem praktischen Geschenk eines Sessels und einem Angebinde konnte der Verein seinem scheidenden Berater die runde Summe von 100 000 Mk. für von ihm zu bestimmende Zwecke verehren. Die Jugendabteilung schloß sich mit einer stattlichen Blumenspende an. In aller Form wurde Herr Prof. Hecker die Würde eines Ehrenpräses bekräftigt mit der Bitte, auch weiterhin dem Verein ein treuer Freund zu bleiben. Der tosende Beifall bewies, wie sehr der Redner den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte.

Tiefbewogen Herzens dankte der Gefeierte seinen Freunden von der „Novesia“ für alle die schönen und rechten gemeinsamen Stunden. Mancher liebe Freund liege in fremder Erde. Seiner gedenke man auch heute. Seinen Dank an alle treuen Mitarbeiter für die Geschenke und Geldspende, die er im alten Geiste zur Linderung von Not verwenden wolle, beschloß Herr Prof. Hecker mit dem Versprechen, auch weiter dem Verein die Erinnerung zu bewahren.

Nachdem zur „Einführung“ des neuen Präses das Heimatlied von der Erft erklungen war, übernahm Herr Kemmler die Begrüßung. Seine Ausführungen gipfelten in das Versprechen, daß „Novesia“ den neuen geistlichen Berater mit offenen Armen empfange und ihn bitte, dem Verein ebenso ein Freund zu werden, wie es sein Vorgänger war.

Herr Kaplan Proelsch legte in die Hände der Vereinsmitglieder das Versprechen ab, der Ihrige zu werden und bat um Vertrauen und Freundschaft für die Zusammenarbeit.

Zwischen den musikalischen Darbietungen und gemeinsamen Liedern, nahm Herr Oberpfarrer Liedmann Gelegenheit, als Pfarrer des Bezirks, in den „Novesia“ tagt, zu versichern, wie gern er den neuen Präses dem Verein überlasse. Er fand hocherzenswerte Worte über die seelsorgerischen Aufgaben gerade im kaufmännischen Leben. Herr Stadtdv. Dir. Raederscheidt feierte das Vaterland und seine von allen Opfer verlangende Lage in kurzen Worten, die die Versammlung mit innerster Begeisterung aufnahm.

Kath. Lehrer-Verein. Morgen Samstag, den 3. Februar, Tagung der Arbeitsgemeinschaft in der Kreuzschule. 2—3 Lateinkursus, 3—4 Vortrag. — Die Vollversammlung des Vereins findet am 10. d. Mts. im Marienhause statt.

Musik-Abende. Am Sonntag sollte das Wiener Rosé-Quartett zum Abschluß seiner großen Auslandsreise hier in Neuß, im 8. Musik-Abend (1. Serie) spielen. Da aber die Herren von Antwerpen nicht wie geplant, die Rückreise über Neuß nach Wien antreten, sondern nach Frankreich weiter fahren werden, fällt ihre Mitwirkung in unseren Musik-Abenden diesmal aus. Als Ersatz ist das nicht minder weltbekannte Leipziger Gewandhaus-Quartett verpflichtet worden, das aber erst am 18. April hier erscheinen wird. Der nächste Musik-Abend (2. Serie) ist am Mittwoch, den 7. Februar, in welchem Herr Kammersänger von Raatz-Brockmann ausschließlich Lieder und Balladen von Carl Loewe singen wird.

Kriegsgefangene, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene der Stadt Neuß. Die unterzeichneten Vorstände laden alle Mitglieder zu der heute, Freitag, den 2. Februar 1923, im Saale Peppekus, Kapitelstraße, 8 Uhr stattfindenden Versammlung ein. Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche Fragen. 2. Verschiedenes. Vorstand der N. E. K., Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener.

Haus- und Grundbesitzerverein. Auf die heute abend 8 Uhr im Marienhaussaale (Ecke Kapitel- und Tückingstraße) stattfindende Mitgliederversammlung wird hierdurch nochmals aufmerksam gemacht.

Theaterabteilung der Jungmänner der M. J. C. St. Marien. Samstag 7—7½ Uhr im Marienhause Zimmer 2 Ausgabe der Vorverkaufskarten für die 5. Aufführung. (Donnerstag, 8. Februar) von „Am Brunnen vor dem Tore.“

Der Theaterverein „Olympia“-Neuß feierte am vergangenen Samstag sein 13jähriges Stiftungsfest. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Sammlung für das städtische Waisenhaus abgehalten. Diese ergab die Summe von 4511,— Mark, welche Montag, den 29. Januar, abgeliefert wurde.

Die „Kölnische Zeitung“ ist nunmehr auch für das belgisch besetzte Gebiet für 3 Tage verboten worden.

Der Kampf gegen die Schlemmerei. Zwischen dem Reichsernährungsminister und den Spitzenverbänden des deutschen Hotel-, Gastwirts- und Kaffeehausgewerbes sind dieser Tage folgende Vereinbarungen über die gewerbsmäßige Verabreichung von Speisen und Getränken in den den Verbänden angeschlossenen Betrieben getroffen worden: Von jeder Art der Gerichte dürfen nur zwei zur Auswahl auf der Speisekarte stehen. Es darf keinem Gast zu einer Mahlzeit mehr als ein Hauptgericht aus Fleisch gegeben werden. Eine Gesamtmahlzeit darf höchstens enthalten eine Suppe, ein Fischgericht mit Beilage, eine Süßspeise oder Käse oder Dauftobst oder Früchte. Butter darf weder zum Frühstück noch zu anderen Mahlzeiten abgegeben werden. Eier und Eierspeisen dürfen zum Frühstück nicht verabfolgt werden.

Brikett-Landabsatz. Die amtliche Kohlenverteilungsstelle für das besetzte westliche Gebiet in Köln teilt mit, daß der Landabsatz auf den Gruben des rheinischen Braunkohlen-Reviers mit sofortiger Wirkung in dem Umfange freigegeben wird, als der Verband auf dem Bahnwege infolge auftretender Verkehrsstörungen unmöglich ist.

Die Natur im Februar. Für den Stubenhocker ist der Februar einer der unangenehmsten Monate, denn man merkt nichts weiter von der Wirkung der höher steigenden Sonne, als daß die Tage etwas länger werden. Die Natur scheint fast so tot wie im Januar, und dennoch herrscht gerade genug Leben in Wald, Feld und Garten. Scharen von Meisen, vermischt mit Goldhähnchen durchziehen die Wälder, suchen die Bäume der Gärten nach Ungeziefer ab und lassen trotz ihres eifrigen Geschäftes ununterbrochen das feine Locken erschallen. Im sicheren Walddickicht singt trotz des schlechten Wetters der munitere Zaunkönig sein einfaches Lied, während ein rauschender Gebirgsbach die Wasseramsel ihr geschwätziges Stimmchen hören läßt. Beides klingt lieblich und schön, wogegen in der Nähe menschlicher Behausungen das laute Geplärre der Amsel und der Lärm einer Spatzenversammlung die Nerven erregt. Stiller und den Liebhabern noch mehr vorbehalten regt sich das Leben in der Pflanzenwelt. Hier und da blüht noch eine Christrose, in ihrem glänzenden Weiß mit dem Schnee wetteifernd. Ihr gegenüber ist das Schneeglöckchen im grünen und weißen Kleid nur ein Nichts, aber es zählt trotz seiner Kleinheit und Bescheidenheit zu den schönsten, was der Vorfrühling bringt. Auffälliger wirkt schon der schnellvergehende Krokus, nicht minder der Huflattich mit seiner goldgelben Rosette auf niedrigem Stiel; doch soll man ihn nicht zu Wildgemüse benutzen weil er trotz aller Empfehlung scheußlich schmeckt. Auch ein Sträuchlein meldet sich gleichzeitig durch Aussehen und Duft: der Seidelbast; die Lila Blüten sind sehr hübsch, ihre Giftigkeit wird wohl übertrieben, wie überhaupt die Giftigkeit der meisten deutschen Giftgewächse übertrieben wird. Der Seidelbast ist in seiner bescheidenen Eleganhaft wohl nur mit dem Schneeglöckchen vergleichbar. Hübsch wirken auch die Kätzchen der Haselnuß, die bald ihren gelben Blütenstaub aussenden werden, um die kaum sichtbaren roten weiblichen Blüten zu befruchten. — Und noch manches andere beschert der Februar, wovon Stubenhocker nichts wissen. Drum hinaus aus den Stuben in die freie Natur.

Der Zimmergarten im Februar. Im großen und ganzen werden die Zimmerblumen wie im Januar behandelt, wenn sich das kommende Frühjahr auch schon ein wenig bemerkbar macht. Bei den harten Gewächsen in der kühlen Stube müssen wir die Entwicklung möglichst zurückhalten, weil die Pflanzen sonst farblose und übermäßig geile Triebe aussetzen, die nie gesund und kräftig werden können; ihre Aufenthaltsräume werden auch weiterhin kühl, aber natürlich frostfrei, gehalten und reichlich gelüftet. Die Blattpflanzen im Wohnzimmer sollen schon mehr gegossen und bei Sonnenschein sogar bespritzt werden. Ruhende Zwiebeln und Knollen z. B. von Lilien, Canna usw. können bereits eingepflanzt und in der Stube angetrieben werden. Ebenso kann mit der Vermehrung begonnen werden. Bei strauch- und staudenartigen Pflanzen geschieht es durch krautige Stecklinge indem man sie erst etwas antreibt und die jungen Triebe als Stecklinge benutzt. Abgeblühte Sträucher werden zurückgeschnitten, kühl gestellt und mäßig begossen. Die Töpfe mit abgeblühten Zwiebeln stellt man gleichfalls kühl, selbstverständlich frostfrei, und entzieht ihnen, sobald die Blätter zu gilben beginnen, allmählich das Wasser. Die völlig eingetrockneten Zwiebeln nimmt man aus den Töpfen heraus, reinigt sie und hebt sie trocken auf. Abgeblühte Zinerarien, chinesische Primeln und Marbblumen halben keinen Wert, sie haben ihren Zweck erfüllt, es wird nichts wieder aus ihnen, weshalb sie auszutopfen und wegzuwerfen sind.

Gerichtliches.

Schöffengericht zu Neuß vom 31. Januar. Der Arb. Hrch. K. hier hat bei einem Abbruch Bleirohr entwendet. Strafe 10 000 Mk. Geldbuße. — Arbeiter Joh. H. in Hasl hat versucht ein Paket, welches an ein Motorrad gebunden war zu stehlen. Er erhielt 6 Monate Gefängnis. — Der Arbeiter Pet. Sp. hier hat der Fabrik Kurt Albert 16 Kilo Blei gestohlen. Strafe 7000 Mark Geldbuße. — Der Kohlenhändler Pet. R., Büttgen, ist durch Strafbefehl zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil er einen dortigen Gemeindebeamten beleidigt hat. Das Gericht wandelte die Gefängnisstrafe um in eine Geldstrafe von 20 000 Mark. — Der Arbeiter Arnold S. und Knecht Martin K. hier, haben einem Bauunternehmer 4 T-Träger gestohlen. Der Bestohlene hat die Träger zurückerhalten. Sch. erhält wegen Diebstahl 6000, K. wegen Beihilfe 2000 Mark Geldstrafe. — Der Werkführer Jos. P. hier wurde von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Beim Reinigen eines Revolvers ging ein Schuß los, dieser traf ein Mädchen, das an den Folgen gestorben ist. — Die Arbeiterinnen Martha K., Wilhelmine Cl. hier, haben gefährdeten eines Streiks, Aufseherinnen, die sie in diesem Fall als Arbeiterinnen betrachteten an dem Betreten der Fabrik gehindert. Strafe 5000 Mark.

Aus dem Landkreise.

Rosellerheide, 2. Februar. Der Männer-Gesang-Verein „Heideröschen“ veranstaltet am kommenden Sonntag einen schönen Theaterabend. Das fünfaktige Schauspiel „Die Ritter von Rabenstein und Falkenhorst, mehrere passende Lieder und ein Lustspiel werden der jetzigen Zeit Rechnung tragen. Frühere Mängel sind beseitigt. Näheres Samstagsnummer.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

Grevenbroich, 31. Jan. Wie man uns mitteilt, wird hierselbst ein Haus- und Grundbesitzer-Verein gegründet. Dazu ist eine Versammlung Freitag, 2. Februar, abends 7 Uhr, im Hotel Lersch anberaumt.

Hoisten, 31. Jan. Der kath. Arbeiterverein und der Theaterverein „Edelweiß“ werden am Sonntag, den 4. d. Mts. im Saale des Herrn Stübben den Bewohnern von Hoisten und Umgegend einen genußreichen Abend veranstalten, bestehend in Theater und Vorträgen. Es gelangt zur Aufführung „Am Brunnen vor dem Tore,“ ein schönes Volksstück in 3 Akten mit Gesang und Musik. Wir wünschen ihnen ein volles Haus. (Näheres in der Samstagsnummer.)

Kirchliches.

Personal-Chronik der Erzdiözese Köln. Seine Eminenz haben unter dem 19. Januar den Pfarrer Friedrich Mesker in Siersdorf zum 1. Definitor im Dekanate Aldenhoven, ferner die Pfarrer Hermann Joseph Hecker in Bensberg und Karl Peters in Vilich nach der gemäß oberhirtlicher Anordnung erfolgten Wahl der Pfarrer zum zweiten Definitoren in den Dekanaten Bensberg bezw. Königswinter ernannt. Ferner wurden ernannt am 26. Januar: Hochscheid Karl Joseph, beurlaubt, zum Pfarrer in Marialinden, Dekanat Bensberg; Lintermann Wilhelm, Neopresbyter aus Grefrath, zum Kaplan in Gereonsweiler, Dekanat Aldenhoven; Roemer Joseph, Pfarrer in B.-Gladbach-Pfaffrath, zum Pfarrer in Münstereifel. Am 29. Januar: Klingler Friedrich, Rektor in Tenholt, Pfarre Erkelenz, zum Rektor in Weiler, Pfarre Erp, Dekanat Lechenich.

Es ist gestorben am 24. Januar: Papst Anton, Pfarrer und Definitor in Krefeld-Linn, 55 Jahre alt.

Aus Nah und Fern.

Düsseldorf, 1. Febr. Telegraphendirektor Hartmann vom Fernsprechamt Düsseldorf, Postinspektor Kampe vom Telegraphenzeugamt und Postrat Lutz, ebenfalls in Düsseldorf, sowie Telegraphendirektor Schwarz in Duisburg wurden von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet.

Düsseldorf, 1. Febr. Die Zollinspektoren Baldow und Kief wurden von der Besatzungsbehörde verhaftet. Bürgermeister Aldehoff aus Uerdingen ist von der Besatzung ausgewiesen worden. In Kleve wurde der Leiter der Eisenbahnergewerkschaft mit seiner Familie ausgewiesen, während der Bürgermeister Wulf von Kleve seines Amtes enthoben wurde. In Oberhausen wurden der Polizeiassistent Leutholt und der Polizeiobermachtmeister Statthalter von der belgischen Besatzungsbehörde festgenommen und mit unbekanntem Ziel fortgeschafft.

Düsseldorf, 1. Febr. Der Reichspostminister hat an den von der Besatzungsbehörde ausgewiesenen Präsidenten der Oberpostdirektion in Düsseldorf, Sönksen, der in Wesel weilt, folgendes Telegramm gerichtet: Wegen der Ihnen durch Ihr mannhaftes Auftreten gegenüber den Besatzungsbehörden entstandenen leidvollen Mühsalen und Entbehrungen spreche ich Ihnen mein aufrichtiges Bedauern aus. Ich bitte Sie, die Geschäfte der Oberpostdirektion Düsseldorf nach Möglichkeit auch wieder von einem geeigneten Orte ihres Bezirkes auszuüben. Die über Sie in der Presse verbreitete unberechtigte Verdächtigung ist durch eine Mitteilung des Wolffschen Telegraphenbüros zurückgewiesen worden. Nummer 75 der „Kölnischen Zeitung“ enthält ferner eine Ehrenerklärung für Sie. Ihr alter getreuer Stingl.

Köln, 1. Febr. Beim Landesfinanzamt Köln ist folgendes Telegramm eingegangen: Präsident von Hähling hat in treuer Pflichterfüllung ein leuchtendes Beispiel dafür gegeben, daß ein deutscher Beamter die Ehre des deutschen Namens hochzuhalten weiß. Ich bin mir bewußt und stolz darauf, daß jeder Angehörige des Landesfinanzamtes Köln diesem Beispiel nacheifern wird. Dr. Hermes, Reichsfinanzminister.

Köln, 1. Febr. Gegenüber der Meldung des „Antwerpner Neptuns“, daß Oberbürgermeister Dr. Adenauer die Aeußerung getan habe, die englischen Truppen würden im Laufe dieses Monats das Rheinland verlassen, wird festgestellt, daß der Oberbürgermeister von Köln niemals eine solche Aeußerung gemacht hat.

Köln, 29. Jan. (Im Gewerbegerichtssaal verhaftet.) Ein Mann klagte am Kölner Gewerbegericht auf Zahlung von Lohn. Der Beklagte erklärte, der Kläger werde wegen eines Millionendiebstahls steckbrieflich verfolgt und im Gerichtssaale befände sich bereits zwei Wachtmeister, um die Verhaftung vorzunehmen. Das Gericht setzte hierauf die Verhandlung bis zur Erledigung des Strafverfahrens aus, und die Polizeibeamten schritten zur Verhaftung des Klägers.

Köln, 29. Jan. Ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung fällte das Gewerbegericht. Von einer Kölner Firma war ein Elektromonteur aus Köln zu einer Baustelle im Kreise Adenau auf Montage entsandt worden; er hatte Vorschußzahlungen erhalten, und bei der Abrechnung wurde der Tarif für den Koblenzer Bezirk zu Grunde gelegt. Da im Koblenzer Bezirk der Tariflohn aber niedriger steht als in Köln, verlangte der Monteur am Gewerbegericht Entlohnung nach dem Kölner Tarif und demgemäß Nachzahlung von rund 40 000 Mk. Das Gewerbegericht entschied auch in diesem Sinne; der Beklagte sei Mitglied der Vereinigung elektrotechnischer Firmen in Köln und habe den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes Köln, mit dem die Vereinigung einen Tarifvertrag abgeschlossen habe und dem der Kläger angehöre, Lohn nach dem Kölner Tarif zu zahlen, wobei unerheblich sei, ob er Bezahlung nach dem Kölner Tarif ausdrücklich zugesagt habe.

Köln, 30. Jan. Auf dem gestrigen Kölner Viehmarkt war die Wucherpolizei in großer Stärke erschienen; auch der Vorsitzende der Provinzialfleischstelle war während des ganzen Marktes anwesend. Die Händler wagten es angesichts dieser Tatsachen nicht, ihre besonders für Schweine wieder erheblich gesteigerten Forderungen durchzusetzen und gingen erheblich herunter, sodaß ein Marktpreis zustande kam, der im wesentlichen dem der vorigen Woche entspricht. Gegen diejenigen Händler und Kommissionäre, die mit ihren Preisen über dem Marktpreis blieben, wird ein Strafverfahren eingeleitet werden. Der Kleinviehmarkt, der nur etwa 50% des gewöhnlichen Auftriebs aufwies, stand offensichtlich im Zeichen der Notmarktlage.

Köln, 30. Jan. Der weit über das Rheinland hinaus bekannte ehemalige Reichstags- und Landtagsabgeordnete Kaufmann Eduard Fuchs sen., ist im Alter von 60 Jahren hier gestorben. Eduard Fuchs, ein glänzender Redner, stand in den Kulturkampfjahren an der Spitze des Katholischen Volksvereins Köln und war später eine Zeitlang Vorsitzender der Kölner Zentrumsfraktion.

Köln, 30. Jan. Der Leiter der Kölner Wucherpolizei, Kriminalkommissar Großkopf, scheidet heute aus dem Staatsdienst, um eine Stellung in der Industrie anzunehmen. Als sein Nachfolger ist Kriminalkommissar Sommer bestimmt worden.

Köln, 31. Jan. In Köln kostet vom 1. Februar ab eine Straßenbahnfahrt 200 Mk. (jetzt 125 Mk.); eine Wochenkarte für täglich vier Fahrten erfordert 1920 und eine Netzkarte sogar 80 000 Mk. monatlich.

Der weitere Marksturz hat bewirkt, daß in Köln und anderen rheinischen Städten vom 29. d. Mts. ab das Liter Vollmilch für den Verbraucher 480 Mk. (in Düsseldorf 500 Mk.) kostet, das sind 180 Mk. mehr als bisher. Von der Erhöhung erhalten die Erzeuger 120 M.

Vom Niederrhein, 29. Jan. (Unglücksfälle) Bei St. Hubert (bei Kempen) fiel ein junger Ackergehilfe von seiner Karre und wurde überfahren und getötet. In Viersen stürzte ein Mann beim Fällen von Bäumen von der Leiter und brach das Genick. Zwischen Viersen und M.-Gladbach geriet auf offener Bahnstrecke ein Rottenarbeiter unter einen Zug und wurde getötet.

Bonn, 28. Jan. Kurz vor Weihnachten hatten wir berichtet, daß bei Niederkassel ein Mann, der mit einem anderen in einem Nachen von einem vor Anker liegenden Schleppdampfer hatte Kohlen stehlen wollen, bei dem Kampfe mit den Schiffern ins Wasser gestürzt und ertrunken sei. Die Leiche ist nunmehr, dem Bonner „G. A. zufolge, in Wesseling gelandet worden; sie weist mehrere Kopfwunden auf.

Siegen, 28. Jan. Die drahtlose Station der Dortmunder Schupoabteilung ist, laut „Sieg. Ztg.“, nach dem Siegener Rathaus verlegt und hier an das drahtlose Telegraphennetz angeschlossen worden. Die wertvollen Apparate sind somit nicht in die Hände der Franzosen gefallen.

Koblenz, 31. Jan. Der begründete oder vielleicht auch unbegründete Verdacht, zur Gesellschaft der Sonderbündler zu gehören, wird nach den Erfahrungen der letzten Tage manchen Leuten am Oberrhein unbequem. So haben sich zwei Einwohner von Koblenz bereits beeilt, zu erklären, daß sie mit Dorten und Genossen nichts zu tun hätten. Einem Anhänger Dortens wurden die Schaufenster seines Ladens zertrümmert und dieser verwüstet. Zwei weitere Bürger von Koblenz haben Belohnungen von 50 000 und 30 000 Mark für denjenigen ausgesetzt, die ihnen Leute namhaft machen, die behaupten, sie gehörten zu den Dorten- und Smeetsgenossen. Sie hätten mit diesen nichts zu tun.

Koblenz, 1. Febr. Die Koblenzer Presse, die „Koblenzer Zeitung,“ der „Koblenzer General-Anzeiger“, die „Rheinische Rundschau“, die „Rheinische Warte“ und die „Rheinische Zeitung“ sind von der Rheinlandkommission ohne Angabe von Gründen auf drei Tage verboten worden.

Solingen, 1. Febr. Hundert Holzsärge zu 35 000 Mk. das Stück, also im Verhältnis zu den heutigen Preisen recht billig, will die Stadtverwaltung Solingen ankaufen lassen, wie das „Volksblatt“ berichtet. Diese Särge sind in erster Linie für die Untrestützungsempfänger bestimmt, sollen jedoch auch von anderen in Not geratenen Bürgern käuflich erworben werden können.

Bochum, 1. Febr. Bei der Besetzung der Fahrzeugwerke Luneg, die erfolgte, um zwei Privatpersonenkraftwagen zu beschlagnahmen, wurde dem Elektrotechniker Schulte und den beiden Meistern Roth und Ernst von den französischen Soldaten Revolver und Dolche auf die Brust gesetzt. Ein Panzerauto richtete beide Geschütze unter Zustimmung der umstehenden französischen Offiziere und Ingenieure auf die wenige Meter von der Mündung entfernt stehenden Herren der Werkleitung und Arbeiter. Die Straßen waren mit großem militärischem Aufgebot von Panzerautos und Tanks abgesperrt. Die Beamtenschaft weigerte sich, den Anweisungen der Franzosen Folge zu leisten.

Gelsenkirchen, 30. Jan. In der vorletzten Nacht ertrank beim Postenstehen bei der Schleuse in Hessler ein französischer Soldat. Seine Leiche wurde geborgen. Die Untersuchung ergab, daß der Mann in der Dunkelheit einen Fußsteig verfehlt hatte und in das Wasser gestürzt war.

Buer, 1. Febr. Am 24. Januar ist auf der Reeser Straße in Buer der Fuhrunternehmer Gerhard Mersch aus Dülmen in seinem Verdeckwagen mit einem Handhammer erschlagen und beraubt worden. Mersch hat für die Möbelfabrik Theodor König in Dülmen vier Kücheneinrichtungen an den Möbelhändler Max Guttmann in Gelsenkirchen abgeliefert und dort 30 000 Mk. erhalten, welche bei Mersch nicht mehr gefunden wurden. Der Täter hat nach der Tat den Wagen in eine abgelegene Straße gefahren und das Pferd mitgenommen.

Neustadt (Pfalz), 1. Febr. Ur-Urgroßvater geworden ist der 94jährige Winzer Joh. Weintz von Hardt. Sein Schwiegersohn, der Winzer Joh. Kaub, darf sich rühmen, Urgroßvater zu sein. Er hat einen verheirateten Sohn und dieser eine Tochter, die verheiratet ist und dieser Tage einem Kinde das Leben gab.

Zweibrücken, 28. Jan. Zu schwerer Strafe wegen Schmuggels wurden von der hiesigen Strafkammer drei Bergleute der Grube Frankenholz verurteilt. Sie erhielten Zuchthausstrafen von 8 Monaten bis zu 1 Jahr 6 Monaten; hierzu kommen noch etwa 300 000 Mk. Wertersatz und der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Pirmasens, 28. Jan. Beim Rodeln verlor hier das sechsjährige Söhnchen eines Fabrikarbeiters die Gewalt über seinen Schlitten; er sauste in einen neben der Straße liegenden Steinbruch und war sofort tot.

Speyer, 28. Jan. Hereingefallen sind die Diebe, die aus einem Lager am Rheinhafen Eierbriketts stahlen, aber nicht wußten, daß diese Briketts“ dort zur Verfügung der Lieferanten lagerten, weil sie nicht brennen wollten.

Turnen, Spiel und Sport

Sportabteilung „Kraftborn“.
Heute abend 8 Uhr, Spielersitzung im Vereinslokal.

Handel und Volkswirtschaft.

Kapital-Erhöhung im Rheinland-Konzern. Der Aufsichtsrat der Feuerversicherungs-Gesellschaft Rheinland A.-G. in Neuß a. Rh. hat beschlossen, einer am 26. Febr. d. J. abzuhaltenden außerordentlichen General-Versammlung eine Kapitalerhöhung von 81 Millionen Mark, also von 9 Millionen auf 90 Millionen Mark, vorzuschlagen.

Berlin, 31. Jan. Auf dem Produktenmarkt waren die Preise bei zwar schwankenden, aber zeitweise erneut steigenden Devisen wieder höher, doch war die Unternehmung vorsichtig, zum Teil wegen der bei den Riesenpreisen nicht genügenden Kapitallen. Futter viel für Süddeutschland, anscheinend mit Schlußbestimmung für das besetzte Gebiet gesucht. Haltung schließlich für Futterstoffe abgeschwächt. Weizen 67—69000 M., Rogge, 62—64000 M., Hafer 53—55000 M., Mais, waggonfre Hamburg 72500—73500 M.

Raufutter. Großhandelspreis für 50 Kilogr Weizen- und Roggenstroh, drahtgepr. 18000—18500 Mk. Weizen- und Roggenstroh, bindfadengepr. 17500—18000 M., Roggenlangstroh, geb. 17900—18200 M., Krummstroh, lose und geb 16000—16500 M., Häckel 18500—19000 M., Heu, handelsübl. 17000—17500 M., gutes 18—18500 M. — Raps 00—00000 Mark.

Schiffs-Nachrichten.

Schiffsverkehr im Rhein-Erft-Hafen zu Neuß am 1. Februar 1923.

Angekommen: Kahn „Breughel“ mit Rapssaat von Antwerpen; Kahn „Rhein-Schelde 4“ mit Saat von Antwerpen; Kahn „Limburg“ mit Futtermehl von Rotterdam.

Für das katholische Waisenhaus.

Bisher eingegangen	113 214,— M.
Ungenannt	2 000,— „
	115 214,— M.

Für die Invaliden im Kamillianerkloster.

Bisher eingegangen	13 535,— M.
Ungenannt	2 000,— „
	15 535,— M.

Für das Invalidenhaus (Sebastianuskloster).

Bisher eingegangen	7 010,— M.
Ungenannt	2 000,— „
	9 010,— M.

Auf dem Wege zu einem Preuß. Jugendwohlfahrtsgesetz.

Von Heinrich Hirtsiefer, preuß. Minister für Volkswohlfahrt.

Die Behebung der durch den Krieg verursachten leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Nöten des Volkes ist eine der großen Forderungen, an deren Begleichung unaufhörlich gearbeitet worden ist und auf absehbare Zeit hinaus noch gearbeitet werden muß. Groß ist die Not des Mittelstandes, der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, der Krüppel, der Sozial- und Kleinrentner, der Erwerbslosen, der Flüchtlinge und anderer Volkskreise, die es zu lindern gilt. Größer aber ist die Not unserer Jugend, deren Autoritätsglaube erschüttert und deren Straffälligkeit erschreckend gestiegen ist. An einer methodischen Gesetzgebungsarbeit zur Hebung dieser Notstände durch ein grundlegendes allgemeines Wohlfahrtsgesetz war nicht zu denken. Jeder anbrechende Tag drängte auf eine Lösung des für ihn brennendsten Problems. So wurde ein Sondergesetz nach dem anderen geschaffen. Als das erste einer Gruppe von Gesetzen zum Schutze der Jugend ist das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1921 verabschiedet worden.

Das Gesetz zerfällt in sechs Abschnitte, deren erster jedem deutschen Kinde einen öffentlich-rechtlichen Anspruch auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit gibt. Der zweite Abschnitt schafft als Behörden-Organisation der Jugendämter, Landesjugendämter und das Reichsjugendamt. Der dritte Abschnitt ist dem Schutz der Pflegekinder, d. h. derjenigen Kinder unter 14 Jahren gewidmet, die sich dauernd oder regelmäßig für einen Teil des Tages in fremder entgeltlicher Pflege befinden. Der vierte Abschnitt macht das Jugendamt als solches, also als Behörde von Amts wegen zum Vormund über jedes uneheliche geborene Kind und behandelt zum Schluß die Anstalts- und Vereinsvormundschaft. Der fünfte Abschnitt gedenkt noch besonders der armen Kinder; er scheidet die unehelichen, voll verwaisten und die von beiden Elternteilen getrennt lebenden, hilfsbedürftigen Minderjährigen aus der Fürsorge er allgemeinen Armenverwaltung aus und läßt sie durch das Jugendamt betreuen. Der sechste Abschnitt regelt die Schulaufsicht und die Fürsorgeerziehung. Während mit der Anordnung der Fürsorgeerziehung den Eltern ihr Erziehungsrecht gänzlich aberkannt wird, will die Schutzaufsicht die Eltern lediglich in der Ausübung ihres ihnen verbleibenden Erziehungsrechtes durch sogenannte Helfer unterstützen und sie in ihren Erziehungsmaßnahmen überwachen. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens ist schließlich noch im Einführungsgesetz der 1. April 1924 mit der Maßgabe vorgesehen, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrat das Gesetz für einzelne Länder oder Jugendamtsbezirke ganz oder teilweise schon früher in Kraft setzen kann.

Für Preußen handelt es sich nun darum, sich im Rahmen der durch das Reichsgesetz gesetzten Schranken ein eigenes Jugendwohlfahrtsgesetz in dem „Preußischen Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt" zu schaffen. So wird sich auch der preußische Gesetzgeber damit abzufinden haben, aus dem Strahlenbunde von Problemen wiederum ein einzelnes, das der Jugendwohlfahrt, zu gesetzlicher Lösung zu bringen. Er wird aber dabei der Tatsache eingedenk sein müssen, daß die Jugendwohlfahrt nur ein Teil der im Mittelpunkte stehenden allgemeinen Wohlfahrt ist, wenn er nicht die unerfreulichen Folgen auf sich nehmen will. Sobald nämlich die nötige Zusammenfassung fehlt, kann es einer Mutter mit einem verkrüppelten Kind passieren, daß sie um 10 Uhr den Besuch einer Armenfürsorgerin, um 10½ Uhr den einer Krüppelschwester erhält und, wenn sie diese hinausbegleitet, ihr auf der Treppe eine Tuberkulosefürsorgedame guten Tag sagt. Wird die Fürsorge so zu einer Belästigung, so hat sie ihren Zweck verfehlt; eine Fürsorgeschwester darf man nicht fühlen, wenn sie da ist und sie muß fehlen, wenn sie fort ist. In jedem Scherze steckt ein Stückchen Ernst: Ein Nebeneinanderarbeiten, eine Ueberorganisation, kurzum unproduktive Verwaltungsarbeit, für die heutzutage niemand mehr die Verantwortung übernehmen kann wird vermieden, sobald die Jugendwohlfahrt stets als Zweig der allgemeinen Wohlfahrt gehandhabt wird. Sind wir in Preußen jetzt aber gezwungen, die Jugendwohlfahrt gesetzlich vorweg zu regeln, so empfiehlt es sich, in dem Ausführungsgesetz zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenorganisationen Richtlinien aufzunehmen, welche die kommunalen Körperschaften — sofern sie freiwillig Wohlfahrtsämter errichten wollen — zu beachten haben und die die Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens von selbständigen Jugend- und Wohlfahrtsämtern in den Kreisen tunlichst ausschließen.

Ein weiteres Problem für das Preußische Ausführungsgesetz bildet die Frage der Landesjugendämter. Preußen hat die Wahl, entweder ein Zentrallandesjugendamt beim Volkswohlfahrtsministerium mit provinziellen Ausschüssen zwecks Dezentralisierung, oder aber für jede Provinz ein besonderes Landesjugendamt zu errichten. Was die erste Möglichkeit anbetrifft, so würden die provinziellen Ausschüsse ihrem Aufbau und ihrem Aufgabenkreis nach im wesentlichen nichts anderes als Landesjugendämter und das Zentrallandesjugendamt nichts anderes als ein Oberstes Landesjugendamt sein. Das wäre aber eine Regelung, die das Reichsgesetz ausdrücklich vermieden wissen wollte. Man wird deshalb wohl für jede Provinz ein besonderes Landesjugendamt zu errichten haben.

Schließlich bedürfen diejenigen Minderjährigen, die an geistigen Regelwidrigkeiten (Psychopathie,, Epilepsie, schwere Erziehbarkeit) oder an ansteckenden Erkrankungen leiden, einer Unterbringung in Sonderanstalten oder Sonderabteilungen. Deren richtige Auswahl hat aber die richtige Bestimmung des Geistes- und Körperzustandes des Zöglings zur Voraussetzung, welche sich nur durch Zusammenarbeit des Arztes und Erziehers, tunlichst in besonderen Beobachtungsheimen, ermitteln läßt. Solche Beobachtungsheime müssen in der Nähe größerer Städte oder in der Nähe von Universitätsstädten angelegt werden, da nur hier besondere vorgebildete Aerzte zur Verfügung stehen.

Leider ist die Straffälligkeit unserer Jugend in erschreckender Weise gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Um auch der in den Strafgefängnissen geleisteten Besserungsarbeit an den Fürsorgezöglingen Rechnung tragen zu können, soll in Zukunft der Strafanstaltsvorsteher etwa 6 Wochen vor der Entlassung des Zöglings der Fürsorgebehörde mitteilen, wie sich der Zögling geführt hat, welche besonderen Eigenschaften oder Fehler hervorgetreten sind, in welcher Weise er beschäftigt worden und ob er für einen Beruf ausgebildet ist. Die Mitteilung soll sich auch darauf erstrecken, ob die weitere Erziehung in einer Anstalt oder die Unterbringung in einer geeigneten Familie oder Stellung angebracht erscheint, und welche Wünsche der Zögling selbst in dieser Richtung geäußert hat.

Zum Schluß noch ein Wort über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt. Vieles, vor allem die bevorstehende preußische Verwaltungsreform und der Umstand, daß das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz für Preußen nur zum Teil früher durchgeführt werden kann, spricht gegen ein Inkrafttreten vor dem 1. April 1924; die Erfahrung aber spricht dafür. Es muß deshalb für die Freunde der Jugend der Wunsch bestehen, sobald als nur irgend möglich mit der praktischen Arbeit einsetzen zu können, um der Jugend bald zu geben, was der Jugend gebührt. Ueber formelle Unbequemlichkeiten darf man dabei nicht stolpern. Das Wohl der Jugend geht über eine glattlaufende Verwaltungsmaschinerie.

Ergeben in Gottes heil. Willen entschlief heute morgen 10½ Uhr unsere liebe Schwester, Schwägerin u. Tante,

die wohlachtbare Jungfrau

Pauline Schumacher

nach langer, schwerer Krankheit, gestärkt durch den Empfang der heil. Sterbesakramente, im Alter von 22 Jahren.

Um ein frommes Gebet für die Seele der teueren Verstorbenen bitten im tiefsten Schmerze

Die trauernden Hinterbliebenen.

Grefrath, Büttgen, Lüttenglehn, Neuss, Windberg, den 31. Jan. 1923.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 3. Febr., morgens 10 Uhr, danach die feierlichen Exequien in der Pfarrkirche zu Grefrath.

Diese Anzeige möge allen Verwandten und Bekannten als Einladung dienen.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, Dienstag morgen ½5 Uhr, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die wohlachtbare

Frau Wwe. Joh. Schorn

nach längerem Leiden, oftmals gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von nahezu 62 Jahren, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet bittet

Die trauernde Familie.

Gustorf, Neuss, Homberg, Gladbach, Köln-Nippes, Osnabrück, den 30. Januar 1923.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag morgen 9 Uhr vom Sterbehause; die feierlichen Exequien gleich nach der Beerdigung in der Pfarrkirche zu Gustorf.

Zur Vereinfachung der Buchungen und glatten Abwickelung der Geschäfte müssen unsere Boten alle Abonnementsbeträge bis 12. jeden Monats

in unserer Geschäftsstelle abliefern und bitten wir die geschätzten Abonnenten jedenfalls vorher den Betrag den Boten zuführen zu wollen.

Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mark 1350.00.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Geschäftsstelle Niederstr. 46.

Flotte Stenotypistin

gesucht. Angebote an Deutsche Bank, Zweigstelle Neuß.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Tochter Elisabeth mit dem Kaufmann Herrn Fritz Haeffs geben bekannt

Paul Wentges u. Frau
Betty geb. Schnitzler

Meine Verlobung mit Fräulein Elisabeth Wentges zeige ich hiermit ergebenst an

Fritz Haeffs.

Neuss im Februar 1923.

Das Jahrgedächtnis

für meinen lieben unvergeßlichen Gatten, unsern guten Vater, Herrn

Heinrich Kreuter

findet am Samstag, den 3. Febr., morgen 9 Uhr, in der Münsterkirche statt, wozu freundl. einladet

Frau Wwe. H. Kreuter und Kinder.

Gut möbl. bess. Zimmer

sucht Bauführer p. sofort mit oder ohne Pension. Ang. mit Preis erbittet: **Atelier Ruland,** Hafenstraße 74.

Zum sofortigen Antritt suchen wir mehrere, selbstständig arbeitende

Installations-Monteure

f. Licht- u. Kraftanlagen.

M. Böckle & Co.
Neuß am Rhein, Weichstraße 18/20.

Elektromotoren, 220-380 Volt Drehstr., 2—20 PS, sofort lieferbar. **Deneke,** Neuß, Breitestraße 65. Fernspr. 247.

Junger Verwalter, der sämtl. Arb. mitverrichten muß, sofort gesucht. **Hüsgen, Hellenbroich** bei Neuß.

Für 16j. Mädchen aus guter Familie wird

Lehrstelle

ges. auf großem Büro. Gefl. Off. unter X 73 an die Exp. dieser Zeitung.

Bureaufräulein

mit Schreibmaschine und Buchführung vertr. baldigst gesucht. Angenehme leichte Stellung auch für ältere alleinstehende kath. Person, da auf Wunsch volle Pension und Wohnung bei Familienanschluß geboten wird. Betätigung im Haushalt möglich. Bewerbungen unt. **M 4662** an d. Exp.

Stenotypistin

per sofort von hiesigem Werk gesucht. Offerten unt. S 4661 an die Exp. dieser Zeitung.

Junges Mädchen, welch. Ostern die städt. Handelsschule in Düsseldorf verläßt, sucht

Anfangs-Stellung

Gute Zeugnisse u. engl. Sprachkenntnisse vorh. Gefl. Zuschr. unt. B 71 an die Exped. erbeten.

Bekanntmachung

Auf Befehl des Herrn Kreisdelegierten von Neuß bringe ich folgendes zur öffentlichen Kenntnis.

Neuß, den 1. Februar 1923.

Der Oberbürgermeister. J. V.: **Klein.**

Herrn Oberbürgermeister, Neuß.

Ich habe die Ehre Sie zu bitten, in die Lokalblätter gratis und in deutscher Sprache folgende Mitteilung in der nächsten Ausgabe einrücken lassen zu wollen:

Durch Verfügung vom 27. Januar 1923 hat der Reichswirtschaftsminister in Berlin vorgeschrieben, daß in Zukunft Waren, die für das besetzte Gebiet bestimmt sind, oder aus demselben kommen, vor einer Licenz begleitet sein müssen, welche die deutsche Verwaltung und nicht die Stelle in Ems erteilt. Diese Verfügung darf im besetzten Gebiet nicht angewandt werden, zunächst weil sie vorher nicht der hohen Kommission zur Genehmigung vorgelegt worden ist, dann aber auch weil sie in förmlichem Widerspruch mit den Verordnungen Nr. 98 und 136 der hohen Kommission steht. Infolgedessen können Licenzen nur von der Emser Stelle erteilt, als gültig angesehen werden.

Personen, welche den obigen Verordnungen zuwiderhandeln, können mit Geldstrafen bis zu 100 Millionen Mark oder mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder nur einer dieser Strafen belegt werden. Außerdem wird auch die Beschlagnahme der Waren erfolgen.

Der Delegierte der Hohen Kommission gez. De Jaeger. **Der Delegierte des Ausschusses für Verzollungen** gez. Unterschrift.

Gold, Silber, Platin, Bruch, Brillanten

künstliche Gebisse

kauft zu den äussersten Tagespreisen

Theo Niessen,

Edelmetallgrosshandl. u. Schmelze

Canalstrasse 61.

Telefon 577.

Aeltestes Geschäft am Platze.

Gold-Silber-Platin- Bruch **Für Brillanten** zahlt die allerhöchsten Preise nur das **Neusser Edelmetallkontor J. Niessen** Breitestrasse 63, I. Et. gegenüb. d. Amtsgericht

---

Mädchen

für alle Hausarbeit in kleinem Haushalt bei Familienanschluß gegen guten Lohn sofort gesucht. **Frau Philipp Kluth,** Bergheimerstraße 59.

Tücht. brav. Mädchen

f. alle Hausarbeit gesucht. Hilfe vorhanden. Münsterplatz 4.

Mädchen für kleinen Haushalt gesucht. **Sebus,** Kaiser-Friedrichstr. 110.

Achtung! Achtung!

Großer Fleischverkauf

Empfehle für diese Woche wieder **schönes fettes Rindfleisch,** sowie meine ff. Wurstwaren zu den **billigsten Tagespreisen.**

Gottfr. Dampf, Metzgermeister, Büttgerstraße 5.

Bei Bedarf von Papier verlange man Angebot.

Papiergrosshandlung Melchior Meyer, Neuss, Tel. 788.

Wer hat Felle?

Hasen bis	2300 M.	Kanin bis	1200 M.
Ziegen bis	6500 M.	Wild-Kanin bis	500 M.

sowie Reh-, Katzen-, Iltis-, Kalb- und Schafsfelle höchste Preise.

Nur Samstag, den 3. Februar, Restaurant Paar, Glockhammer Nr. 8, von morgens 9—8 Uhr abends.

Pohlmann aus Düsseldorf.

Pergamentdärme

liefert preiswert

Papiergrosshandlung Melchior Meyer, Neuss.

Telefon 788.

Veröffentlichungen

von **Wohnungszeichen und Wohnungsangeboten** bedürfen nach neuester Bestimmung der Genehmigung des Wohnungsamtes.

Alle diesbezüglichen Anzeigen wolle man deshalb vor der Aufgabe in unserer Geschäftsstelle **beim Wohnungsamt stempeln lassen.**

Neuß-Grevenbroich. Zeitung.

Achtung! Altmetalle!

Zahle für

Zinn	per Kl.	4500.—
Kupfer	„	2500.—
Messing	„	1300.—
Zink	„	1000.—
Blei	„	900.—
Eisen	„	120.—
Papier	„	100.—

Wein- und Sektflaschen per Stck. 75.— Bordeaux- u. Kognakflaschen dementsprechend

Mittags von 1—3 Uhr geschlossen.

Donovan, Glockhammer 15.

Gaslampen

gut und preiswert

Math. Bongartz,

Tel. 892. Furthertstr. 83.

Junger Jagdhund

zu verkaufen oder gegen guten Wachhund (Dobermann oder Schäferhund) zu tauschen gesucht. Angebote unter B 72 an die Exp. dieser Ztg.

Mädchen, welch. melken kann, per sofort gesucht. **Jacob Stevens, Neuß-Weißenberg,** Gladbacherstr. 145.

Prima Stückkohlen gesiebte Braunkohlen und Brikett's hat abzugeben **Adam Maaßen, Kaarst,** Tel. 1534, Amt Neuß.

Selbstg. Tabak

wird geschnitten, geröstet, gebeizt.

W. Stock, Neuß, Grünstraße 6.

Fahrrad

zu verk. Goethestr. 17.

Zahle für gebr.

Kordel

(Hanf 2—3fach) per Klgr. M. 1000.—.

M. Stuck, Tabakfabrik, Grünstraße 6.

Wenig getragener **schwarzer Covercoat** für 25 000 M. zu verk. Heerdterstr. 52, 1. Etg.

Jagd- und Wachhund abzugeben. **Blechhof b. Delhoven.**

Stroh

verkauft Josef Müller, **Büttgen,** Wattmannstr.

Leichte Handkarre zu verkaufen. Bergheimerstr. 66, 1. Etg.

Habe mich in Neuss, Kaiser Friedrichstr. 102 (Kanalstrasse-Ecke) als

prakt. Zahnarzt

niedergelassen.

Sprechstunden 9—12, 2—6.

Dr. med. dent. Düppers,

Zahnarzt.

Männer-Gesang-Verein, Heideröschen, Roseller-Heide,

hält am Sonntag, den 4. Februar einen

Theaterabend

bei H. Herter. Zur Aufführung gelangen:

Die Ritter von Rabenstein und Falkenhorst. Schauspiel in 5 Akten.

Heini dreh noch mal. Lustspiel in 1 Akt.

— Anfang punkt 7 Uhr. —

Im Einzelverkauf

ist **unsere Zeitung** auch täglich im

Städt. Kiosk

Ecke Bahn- und Crefelderstrasse

zu haben.

Neuss-Grevenbroicher Zeitung.

Vereinskalender.

Kath. Arbeiterverein der Münsterpfarre. Freitag, den 2. Februar, abends 8 Uhr: Vorstands- und Vertrauensmännersitzung in der Wohnung des Präses. Wegen der am Sonntag stattfindenden Versammlung im Saale des St. Anna-Stiftes wird vollzähliges Erscheinen erwartet.

Kath. Gesellenverein Neuß. Sonntag, 4. Febr., morgens 7 Uhr: Gemeinsch. hl. Kommunion in der Hauskapelle. Die hl. Messe wird für das verst. Ehrenmitglied Jak. Heuter gelesen. Nachher gemeinsf. Kaffee, Abends 8 Uhr bei Schmitz, Glockhammer: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Montag 8 Uhr: Religionsvortrag bei Schmitz.

K. K. V. Jung-„Novesia". Sportabteilung. Heute abd. punkt 8 Uhr: Versammlung bei Wichmann, Oberstraße. Fehlen wird bestraft.

Turnabteilung Novesia. Heute, Freitag, ½8 Uhr: Versammlung im Marienhaus. Alle Hilfe pünktlich erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

Achtung! Zahle d. höchst. Preise für **Lumpen, Knochen und Papier.** Hole selbst ab.

Ant. Bayerle, Oberstraße 55.

Piano Stimmen, Reparieren. **Mauelshagen,** Niederstr. 39, Tel. 1127.

Herren-Ueberzieher weil zu eng, preiswert zu verk. Furthertstr. 70.

Eine fast neue **Dürkop-Nähmaschine** billig zu verkaufen. Annostr. 70, 2. Etg.

Ges. Privat.

Mitgl. des V.-V.-V.

Das Familienfest

kann wegen Belegung des Saales erst am 10. Febr. stattfinden.

Der Vorstand.

Ein Kinderbett zu kauf. gesucht. Oberstr. 92.

5½ Uhr

abends ist jeweils Schluß **der Anzeigenannahme** für die Ausgabe des folgenden Tages. Für **größere** Anzeigen um **5 Uhr.** Im Interesse der pünktl. Fertigstellung unserer Zeitung bitten wir die verehrl. Inserenten um Beachtung dieses Termins. Später eintreffende Anzeigen müssen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Geschäftsstelle der Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Geschäftsstunden

morgens von 8—1 Uhr
nachmitt. „ 2—6 „
Sonntags geschlossen.

Neuss-Grevenbr. Zeitung.